mts

FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

TÜRKEI INFO

Nr. 15 Juni 1979 Informationen – Berichte – Pressespiegel Einzelpreis DM 1,50

Bundesrepublik:

Tummelplatz türkischer Faschisten

GRAUE WÖLFE ENDLICH VERBIETEN !

Türkei:

FASCHISTISCHER TERROR ESKALIERT !

FIDEF

Faşizme Geçit Yok

Aus dem Inhalt

Hinweis an unsere Leser:

Nach einer durch die finanziellen Engpässe bedingten, längeren Pause erscheint FIDEF wieder– zunächst, wie gehabt, zweimonatlich (siehe auch die letzte Seite). Die Abonnements verlängern sich entsprechend.
Wir danken allen Lesern und Abonnenten, die uns weiterhin unterstützen.

FIDEF–Presseabteilung

Impressum
Herausgegeben vom Bundesvorstand der Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V., FIDEF
Anschrift der Redaktion:
FIDEF, Lichtstr. 31; 4ooo Düsseldorf 1, Tel. 0211 / 664284

Bankverbindungen:
Postscheckamt Essen, PSchK.-Nr. 1764 62–437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto-Nr.: 1 555 823 400

Erscheint zweimonatlich – Jahresabonnement DM 12,- zzgl. DM 7;– Porto Druck: Horster

uTTo5

Türkei am Scheideweg-
FASCHISMUS ODER DEMOKRATISCHE WENDE

KEIN AUSWEG AUS DER KRISE DURCH ZUGESTÄNDNISSE AN DIE IMPERIALISTISCHEN MÄCHTE

Am 11. Juni 79 bestätigte die Regierung Ecevit durch einen weiteren Schritt den unaufhaltsamen Fall der türkischen Währung. Die türkische Lira (TL) wurde gegenüber den westlichen Währungen abermals um ca. 75% abgewertet.
Zugleich wurden eine Reihe von Waren – darunter Öl und Ölprodukte, sowie Grundnahrungsmittel – bis zu 100% teurer. Damit wurde eine enorme Preiswelle in Gang gesetzt.
Die von den Gewerkschaften erkämpften Lohnerhöhungen wurden damit zunichte gemacht.

REALISIERUNG DES IMF–DIKTATS
Die Ecevit-Regierung verwirklichte durch diesen Schritt eine Bedingung des Internationalen Währungfonds (IMF), der die Gewährung von Krediten u.a. davon abhängig gemacht hatte.
Doch damit nicht genug!
Die USA setzen ihre Erpressungen fort, um den Verlust ihres Einflusses in dieser Region wettzumachen sowie ihre militär-politischen Ziele zu erweitern. Sie drängen darauf, ihre militärischen Objekte, die bisher im Iran stationiert waren, auf türkisches Territorium zu verlagern.

DER IMPERIALISTISCHE DRUCK

Parallel dazu nimmt der Druck im Innern des Landes auf die Ecevit-Regierung zu.
Auf Betreiben der Demirel-Türkesch-Clique mußten zwei Minister zurücktreten. Drei Parlamentarier der CHP haben ihre Partei verlassen. Selbst die „Unabhängigen" in der Koalition stellen der Regierung ein Ultimatum. Dabei setzen Demirel und Türkesch alles ein, um die Regierung zu stürzen.
Auch die Monopole melden sich zu Wort. Der Unternehmerverband TÜSIAD kritisiert in ganzseitigen, Milliarden TL kostendenden Anzeigen die Regierung und fordert deren Ablösung.

DER FASCHISTISCHE TERROR ESKALIERT

Der faschistische Terror hält unvermindert an. Die faschistischen Banden morden nach wie vor, trotz des verhängten Kriegsrechts.
Am 11.Juni warfen sie in ein Istanbuler Cafe, wo bekannterweise demokratisch gesinnte Menschen verkehren, eine Bombe. Drei Menschen fanden an Ort und Stelle den Tod.

Die Zentren des Terrors, die MHP und ihre Nebenorganisationen, arbeiten trotz Kriegsrecht ungehindert weiter. Die Ecevit-Regierung leitet keine ernsthaften Maßnahmen ein, um ihrem blutigen Geschäft ein Ende zu setzen.

Im Gegenteil. Mit den Mitteln des Kriegsrechts werden Demokraten verfolgt. Das Kriegsrecht wurde erweitert. Demokratische Organisationen, wie der fortschrittliche Frauenverband IKD, wurden verboten.
Aber die demokratischen Kräfte, die Arbeiterklasse, stecken nicht zurück. Trotz des brutalen Terrors von Seiten der Faschisten, trotz der antidemokratischen Unterdrückung, ringen die demokratischen Kräfte immer wieder um eine antifaschistische und antiimperialistische Aktionseinheit. So konnte z.B. der allseitige Terror, die unglaublichen Einschüchterungsmaßnahmen nicht verhindern, daß in Izmir eine 1.Mai-Demonstration mit ca. 100 000 Teilnehmern durchgeführt wurde.

Die aktuellen Forderungen der demokratischen Kräfte, die auch am 1.Mai vertreten wurden, sind:

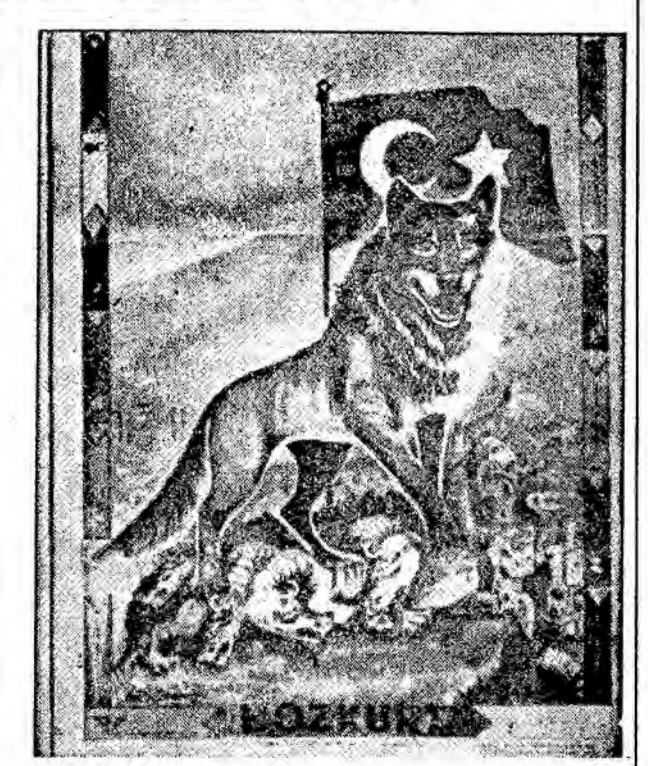
Verbot der MHP und aller Terrororganisationen!
Nein zum Kriegsrecht!
Aufhebung der faschistischen Paragraphen 141 und 142 des türkischen Strafgesetzbuches!
Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung!
Aufhebung der Verbotsmaßnahmen gegen demokratische Verbände, wie dem Fortschrittlichen Frauenverband IKD!
Schluß mit Repressionen gegen die demokratischen Presseorgane „Ürün", „Savas Yolu" und „Roja Welat"!
Schluß mit den versklavenden bilateralen Verträgen! Raus aus den imperialistischen Organisationen wie Nato und IMF!
Schließung der US-Militärbasen! Keine U-2 – Spionageflüge von türkischem Territorium aus! ■

Faschistische Gefahr in der Türkei

Die historischen Wurzeln des Rechtsextremismus in der Türkei sind der Panislamismus und der Turanismus (Turan: Bezeichnung für das Großtürkische Reich, das nach den „Plänen" der türkischen Faschisten alle tatsächlichen oder angeblichen Turkvölker umfassen und die Welt beherrschen soll).
Während die Massenbasis der *islamischen Richtung* sich traditionell in den anatolischen Kleinstädten befindet, appellierte der *Turanismus* an die Intellektuellen, an die Offiziere, die Beamten und die bürgerliche Jugend. Bis 1950 profitierte der Turanismus — er trug nach 1933 bereits faschistische Züge — von dem herrschenden, oft chauvinistischen Nationalismus, obwohl der Kemalismus das expansionistische Programm des Turanismus ablehnte. Die islamische Richtung dagegen, die sich mit dem Osmanischen Reich und dem Khalifen stärker identifizierte, wurde bis 1950 bekämpft.

Türkeş-Anhänger: 5. Kolonne von Nazis wie CIA

Während des 2. Weltkrieges spielten die nunmehr zu offenen Anhängern des Nazismus gewordenen Turanisten eine schmähliche Rolle als 5. Kolonne des 3. Reiches. In dieser Phase begann auch die politische Aktivität von Alparslan Türkeş, dem jetzigen Vorsitzenden der Partei der Nationalen Bewegung, dessen Name in einem Schreiben der OKW Ausland/Abwehr an das Auswärtige Amt vom 15.10.1944 als einer der wichtigsten Verbindungsmänner Hitler-Deutschlands genannt wurde.
Ab 1950 nahm die Rolle der islamischen Richtung relativ zu und es vollzog sich eine Annäherung der beiden Strömungen auf antikommunistischer Grundlage. Dabei leiste der CIA Schrittmacherdienste. Mit dem in den 60er Jahren einsetzenden Bemühen, eine Massenbasis innerhalb der Werktätigen zu gewinnen, griffen die Neofaschisten stärker zum Islam. 1965 erklärte Türkeş auf einem Parteikongreß, daß der „Islam die Religion der türkischen Nation" sei.
Bis 1965 trat der Neofaschismus in der Türkei nicht mit einer eigenen Partei auf. Es gab eine Vielzahl von Vereinen, die im wesentlichen propagandistische Aufgaben wahrnahmen. Daneben existierten Geheimorganisationen in der Armee (bekanntester Anführer Türkes selbst), die auf eine Machtübernahme mit Hilfe eines Putsches im geeigneten Augenblick abzielten. Bekannte Vertreter des Rechtsextremismus beider Spielarten waren zuerst in der Demokratischen Partei von Menderes, später in der Gerechtigkeitspartei von Demirel aktiv. 1965 übernahm Alparslan Türkeş eine kleine Rechtspartei und begann diese zur selbständigen neofaschistischen Partei, der Partei der Nationalen Bewegung (MHP), zu formieren. Ihr Programm knüpft ganz offen an die Traditionen des italienischen und deutschen Faschismus an. Man begann mit der Organisierung von paramilitärischen Jugendverbänden, die in sog. Jugendlagern Nahkampf-Lehrgänge abhielten. Hier wurden die Kader der heutigen terroristischen Banden ausgebildet.
Bei den Wahlen von 1969 und 1973 hatte die neofaschistische MHP keinen Erfolg. Sie konnte lediglich 2 Sitze gewinnen. Erst nach der Gründung der Nationalistischen Front im Jahr 1975, der einsetzenden Terrorwelle in großem Maßstab sowie mit Hilfe der neuen Positionen im Staatsapparat konnte sie 1977 dann 16 Sitze erringen. In der Nationalistischen-Front-Regierung unter Demirel 1975—77 fungierte Türkeş als stellvertretender Ministerpräsident.
Für die Einschätzung der neofaschistischen Bewegung in der Türkei muß beachtet werden, daß sich noch eine ganze Reihe von führenden Neofaschisten in der Gerechtigkeitspartei befinden und es zwischen dieser Partei und der MHP eine enge Zusammenarbeit gibt. Desgleichen kam es in den letzten Jahren zur immer offeneren Zusammenarbeit mit den Maoisten.
Die Terroranschläge der MHP werden von den türkischen Geheimdiensten technisch und organisatorisch unterstützt. Eine besondere Rolle spielt die illegale Konterguerilla-Organisation, die innerhalb des türkischen Generalstabes nach den Vorschriften der US-amerikanischen Einheiten für „Konterrevolutionäre Kriegführung" gebildet worden ist. In dieser Organisation, im Geheimdienst, unter der NATO-Generalität und in der Polizei halten MHP-Mitglieder wichtige Schlüsselstellungen besetzt, sodaß die Ecevit-Regierung nicht in der Lage ist, sich im Kampf gegen den Terrorismus dieser Organe zu bedienen. Sie hat bis heute keine konsequenten Schritte unternommen, um den Staatsapparat von Neofaschisten zu säubern.
Die Konsequenzen verdeutlichen zwei Beispiele: Am 1.5.1977 wurde in Istanbul die große Maifeier, zu der der progressive Gewerkschaftsverband DISK aufgerufen hatte und an der über 1/2 Mio Menschen teilnahmen, in einer gemeinsamen Aktion des Geheimdienstes, der Neofaschisten und der Maoisten von den umliegenden Gebäuden minutenlang mit automatischen Waffen beschossen. Es starben 38 Menschen. Bis heute gelang es der Staatsanwaltschaft nicht, einen einzigen der Täter zu finden, obwohl die fortschrittliche Presse sogar die Namen einiger am Überfall beteiligter Geheimdienstoffiziere benannte und einige Verdächtigte an Ort und Stelle festgenommen worden waren.



Plakat der "Grauen Wölfe"

An Weihnachten 1978 richteten faschistische Kommandos in der ostanatolischen Stadt Kahramanmaras ein Blutbad an, bei dem ca. 200 wehrlose Frauen, Kinder und Männer brutal ermordet wurden. Die Ecevit-Regierung war bis heute nicht in der Lage, den verantwortlichen Oberst der Gendarmerie, der an der Spitze seiner Einheit dem Massaker Pate stand, zur Verantwortung zu ziehen. Er konnte, trotz einiger Versuche des Innenministers nicht einmal zu einem anderen Ort strafversetzt werden.

„. . . und dann kommen wir!"

Der Terror wird von den paramilitärisch ausgebildeten und bewaffneten Organisationen der MHP ausgeführt. Dazu gehören z.B. die „Idealisten Vereine" (Ülkü Ocaklari) und die MHP-Jugendverbände, voran die berüchtigten „Grauen Wölfe". Die Vorsitzenden dieser Organisationen, Ibrahim Dogan bzw. Ali Güngör, sind beide rechtskräftig verurteilte Mörder, die nur aufgrund der Generalamnestie 1973 vorzeitig entlassen wurden. Oft werden noch nicht volljährige Jugendliche als Schergen für faschistische Anschläge benutzt: Man teilt ihnen lediglich die Namen und die Adressen ihrer Opfer, Repräsentanten demokratischer Organisationen bis hin zu hohen Staatsbeamten, mit. Um sich das Ausmaß des Terrors zu verdeutlichen, sollte man die Zahl von fast 1.000 Mordopfern allein im Jahr 1978 (1969: 10, 1975: 37, 1977: 319) mit den 1883 Opfern vergleichen, die der Bürgerkrieg in Nordirland in *zehn* Jahren (1969—79) gefordert hat.
General a. D. Kemal Ersun, einer der Organisatoren der Konterguerilla in den Streitkräften, kennzeichnete den Weg zur faschistischen Machtergreifung so: „Durch Sabotageaktionen und politische Morde einen Bürgerkriegszustand schaffen — und dann kommen wir." Und Alparslan Türkeş prophezeit: „Im Falle eines offenen Kampfes können wir auf 5 Mio Bewaffnete zählen."

Entnommen dem AIB—Heft Nr. 6/79

Offener Brief an Ministerpräsidenten Ecevit überreicht:
FÜR FREILASSUNG ALLER INHAFTIERTEN VOM 1. MAI 1979 !
FREIHEIT FÜR DISK, TIP UND TSIP – FUNKTIONÄRE !
VERBOT DER NEOFASCHISTISCHEN MHP ! AUFHEBUNG DES KRIEGSRECHTS !

In einem offenen Brief an den türkischen Ministerpräsidenten Bülent Ecevit, der ihm anlässlich seiner Rede am 10. Mai 1979 vor dem Europäischen Rat in Straßburg persönlich überreicht wurde, stellen 8 demokratische Dachorganisationen in Europa (neben FIDEF Türkisches Europakomitee für Frieden und Freiheit, Föderation der Türkischen Frauen in Europa, Türkischer Lehrerverband NRW, Vereinigung der türkischen Arbeiter in Belgien, Verband der fortschrittlichen Türken in Holland, Türkischer Lehrerverband Holland und Vereinigung Türkischer Frauen in Holland) folgende Forderungen auf:

1. Sofortige Freilassung aller Inhaftierten vom 1. Mai 1979 ! Unter den über 1500 Verhafteten befinden sich auch Vorsitzende und führende Funktionäre des Progressiven Gewerkschaftsbundes DISK, der Türkischen Arbeiterpartei TIP und der Türkischen Sozialistischen Arbeiterpartei TSIP. Sie wurden von Kriegsrechtsoffizieren verhaftet, weil sie u.a. das Ausgehverbot am 1. Mai in Istanbul mißachteten, als sie gegen die Verletzung der verfassungsmäßig garantierten Rechte protestieren wollten.
2. Alle faschistischen Organisationen, in erster Linie die Partei der Nationalistischen Bewegung MHP, die Grauen Wölfe und ihre Tarnorganisationen, die alle Bürger unseres Landes, gleich welcher Weltanschauung sie sind, terrorisieren und auf deren Konto über 2 000 Morde in den letzten 18 Monaten gehen, müssen sofort verboten werden ! Deren „Führer" Türkes und alle Grauen Wölfe, die an der Durchführung von Attentaten und Massakern beteiligt sind müssen sofort verhaftet und vor ein Gericht gestellt werden !
3. Die berüchtigten Paragraphen des türkischen Strafgesetzbuches, 141 und 142, die die Meinungs- und Organisationsfreiheit der Arbeiterklasse in unserem Lande einschränken und die Türkei zum letzten europäischen Land degradieren, in dem die Kommunistische Partei nicht legalisiert ist, müssen aufgehoben werden !
4. Damit die konkreten Probleme unserer Landsleute, die in Eurpa leben müssen, wie z.B. Bildung und Ausbildung ihrer Kinder, Rentenversicherung, Gesundheit, von den türkischen Regierungen konstruktiv in Angriff genommen werden können, muß den im Ausland lebenden Türken das Recht auf Beteiligung an den allgemeinen Wahlen in der Türkei zuerkannt werden!

Die in der FIDEF zusammengeschlossenen Organisationen protestieren gegen die Verhaftungswelle durch die Kriegsrechtskommandanten mit Versammlungen, Protesttelegrammen, Unterschriftskampagnen und Presseerklärungen. Sie gratulieren auch allen Organisationen und Teilnehmern der 1. Mai-Kundgebung in Izmir, wo trotz schärfsten Repressalien über 80 000 Werktätige in einer äußerst disziplinierten Manifestation den Kampftag der Arbeiterklasse begangen haben. Unter den über 40 Organisationen, die zu dieser Kundgebung aufgerufen hatten, waren die Metallgewerkschaft Maden-Is, die Bankangestellten-Gewerkschaft Bank-Sen und Bay-Sen federführend.
Im Mittelpunkt der örtlichen und überregionalen Beratungen der FIDEF-Organe in diesen Wochen steht das Thema: "Würdigung des 1. Mai 1979 und die aktuelle faschistische Gefahr in der Türkei".

Auch Ruhi Su und Timur Selcuk waren unter uns:

TAUSENDE VON KOLLEGEN AUF DEN MAI-VERANSTALTUNGEN DER FIDEF

Zum ersten Mal führte FIDEF in diesem Jahr um den 1. Mai Kulturveranstaltungen durch, auf dem neben Arbeiterchören aus Krefeld und Westberlin sowie Folkloregruppen auch die renommierten türkischen Künstler Ruhi Su und Timur Selcuk auftraten. An den unter den Losungen "Auf zum 1. Mai 1979! Gruß an die Arbeiterklasse der Türkei!" stehenden Veranstaltungen nahmen Tausende von türkischen und deutschen Kollegen teil. In seinen Ansprachen betonte der FIDEF-Vorsitzende Hasan Özcan die ungebrochene Verbundenheit der türkischen Kollegen im Ausland mit den unter den faschistischen Angriffen und kriegsrechtlichen Repressionen den Kampftag der Arbeiterklasse begehenden Werktätigen in der Türkei. „Mit unserer Teilnahme an den 1. Mai-Kundgebungen der DGB-Gewerkschaften solidarisieren wir uns zugleich mit dem heroischen Kampf der Arbeiterklasse der Türkei gegen die faschistische Gefahr!", sagte er. Neben Betiebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftssekretären übersandte auch der durch die von den Faschisten abgegebenen Schüsse querschnittgelähmte türkische Rechtswissenschaftler Dr. Server Tanilli eine Grußbotschaft, in der er eindringlich auf die Notwendigkeit der Aktionseinheit aller Demokraten gegen den Faschismus hinwies.

In den auf den FIDEF-Veranstaltungen einstimmig angenommenen Entschließungen forderten die Teilnehmer die sofortige Freilassung aller inhaftierten 1. Mai-Demonstranten und Anerkennung des 1. Mai als Tag der Werktätigen; Verbot der neofaschistischen Terrororganisationen und Aufhebung der §§ 141 – 142 des Strafgesetzbuches. Außerdem wurden Glückwünsche an die in der IG Druck und Papier organisierten Kollegen übersandt, die die Streikbrecheraktion der Ter-Druckerei in Frankfurt vereitelten, in der die profaschistischen Blätter „Tercüman" und „Anadolu" herausgegeben werden.

Düsseldorf, den 11. Mai 1979

FIDEF-Bundesvorstand



AUFHEBUNG DES IKD–VERBOTS!

Während die Ecevit-Regierung die MHP und alle faschistischen Organisationen nach wie vor in ihren Terroraktivitäten unbehelligt läßt, verbieten die Kriegsrechts-Kommandanten demokratische Organisationen. Die demokratische Öffentlichkeit in der Türkei sowie der gesamten Welt solidarisieren sich mit Organisationen wie der IKD (Progressiver Frauenverband), die vor kurzem von den antidemokratischen Maßnahmen betroffen wurden.

IDEALISTEN–FÖDERATION DER GRAUEN WÖLFE ENDLICH VERBIETEN !

Der Aufmarsch von mehreren Tausend „Grauen Wölfen" am 20.Mai 1979 in Köln und die kurz darauffolgende erneute Einreise des türkischen Faschistenführers Türkesch, zeigten wieder einmal, daß sich in den letzten Monaten die Aktivitäten der türkischen Faschisten erheblich verstärkt haben.
So organisieren sie in vielen Städten Großkundgebungen, für die ihnen vielerorts die Möglichkeiten hierzu bereitwillig zur Verfügung gestellt werden.
Der Auftritt von Türkesch in Ulm und Dortmund im Jahre 1978, die wiederholten Veranstaltungen in Köln, Recklinghausen, Paderborn und Duisburg, sind Beispiele für die „Blindäugigkeit" städtischer Behörden, die sich nachträglich immer wieder auf Unkenntnis berufen, obwohl sie fast immer ausführlich über den wahren Charakter dieser Veranstaltungen informiert wurden.

Erfolge der demokratischen Kräfte

Nachdem mehrere Tausend deutsche und türkische Demokraten in Dortmund auf einer spontanen Demonstration gegen den Türkesch-Auftritt protestierten, verhinderten über 5000 Kollegen in Frankfurt seinen angekündigten Auftritt, in dem sie dem Aufruf des DGB-Hessen und der IG-Metall folgten.

Die demokratische Öffentlichkeit, in den meisten Fällen durch FIDEF alarmiert und durch die Gewerkschaften, konnte in Bingen, Kassel und Gelsenkirchen als „Kultur- und Filmveranstaltungen" deklarierte Faschisten-Treffen verhindern.
Durch die massive Kritik und den entschlossenen Widerstand der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen wurde auch das Bundesinnenministerium gezwungen, endlich zuzugeben, daß die faschistischen Aktivitäten sich zusehens intensivieren.
So sagte der Staatssekretär A.v.Schoeler am 9.5.79 vor dem Bundestag, daß die Bundesregierung die wachsende Tätigkeit dieser rechtsextremistischen Organisationen „mit Sorge" betrachte, die sich meist hinter der Bezeichnung von Idealisten- und Kulturvereinigungen verbergten und sich im letzten Jahr in einem Verband organisiert hätten.
Doch über Erwägungen, diese Organisationen zu verbieten, wollte sich v.Schoeler nicht äußern.

„Graue Wölfe": Terror gegen Andersdenkende

Die Versuche der „Grauen Wölfe", durch häufig inszenierte Terrorüberfälle auf demokratisch gesinnte, gewerkschaftlich engagierte Landsleute, Angst und Schrecken zu verbreiten, werden dagegen von den offiziellen Stellen immer wieder verharmlost.
Während die MHP-Faschisten mit allen Mitteln versuchen, die Oppositionellen mundtot zu machen, stellen die Polizei und Staatsanwaltschaften die Ermittlungen ein, ohne daß der politische Hintergrund der Angriffe überhaupt erhellt worden wäre.

Bewaffnete Überfälle

Ein unvollständiger Überblick auf die zum Teil bewaffneten Überfälle der türkischen Faschisten in den letzten Monaten läßt nur ahnen, welches Ausmaß dieser Terror schon angenommen hat. Denn mit einiger Sicherheit kann davon ausgegangen werden, daß nur wenige türkische Kollegen bereit sind, trotz entgegen massiver Drohungen und Erpressungen über die Machenschaften der Grauen Wölfe auszusagen.



Am 27.Mai wurde in Krefeld in den frühen Morgenstunden ein Mitglied des örtlichen FIDEF-Vereins von drei bewaffneten und maskierten Männern in eine Falle vor seinem Hause gelockt. Beim unerwarteten erbitterten Widerstand des Opfers, konnten die Täter keine Schüsse mehr abgeben. Sie traktierten den 35-jährigen Landsmann und seinen herbeigeeilten 91-jährigen Vater mit Pistolenkolben. Obwohl der Angegriffene die Polizei bereits über die eingegangenen Drohbriefe informiert hatte, war die Polizei nicht bereit, in dieser Richtung Ermittlungen aufzunehmen.

Am 17.Mai wurde in Bremen ein Ecevit-Anhänger, ein 39 Jahre alter Türke, nach wiederholten Drohungen in der Nähe seines Wohnheimes in eine Falle gelockt und von mehreren Faschisten mit den Worten „Dir Kommunisten zeigen wir es jetzt!" und „Die Zeit der Abrechnung ist gekommen!" so schwer zusammengeschlagen, daß er fünf Tage im Krankenhaus liegen mußte.
In einer Presseerklärung der demokratischen türkischen Verbände in Bremen wird auf die Untätigkeit der Behörden aufmerksam gemacht, die seit Jahren dem Treiben der türkischen Faschisten vor allem in Bremen Nord, keine Beachtung schenken.
In der Nacht vom 19.Mai zertrümmerten „Unbekannte" die Scheiben des FIDEF-Vereins in Bad Kreuznach mit kiloschweren Steinen. Nur durch Zufall kam es zu keinen schweren Verletzungen.
Auch dieser Vorfall stieß bei der örtlichen Polizei auf taube Ohren. Sie erschien nicht einmal am Tatort!

„Idealisten-Föderation" und ihre Drahtzieher

Diese Gewalttaten gehen von den Anhängern der straff organisierten, neofaschistischen Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) aus, deren Führer Türkesch durch sein Bekenntnis zum Faschismus auch in der Bundesrepublik bekannt ist.

Die MHP unterhält in der Türkei paramilitärische Kommandos, die Tag für Tag Teroranschläge und Massenmorde verüben, um den Boden für einen faschistischen Putsch vorzubereiten. Diesem Terror fielen in den letzten anderthalb Jahren über 2000 Menschen in der Türkei zum Opfer.

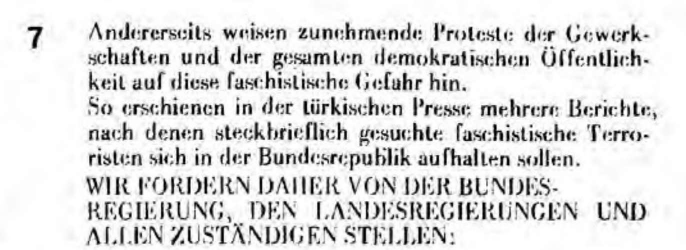
Ende Dezember inszenierte die MHP das Massaker von K.Marasch, bei dem über 200 Menschen – Männer, Frauen und Kinder – von den faschistischen Mörderbanden umgebracht wurden.
Dadurch wird Ecevit, der auf die Gegenkraft der Arbeiter und aller Demokraten verzichtet, auf eine Position gedrängt, wo die demokratischen Kräfte, gewerkschaftliche und demokratische Organisationen und Publikationen weiter unterdrückt werden.

Bereits in 19 Provinzen herrscht das Kriegsrecht. Die Regierung wird durch verstärkten Druck von einheimischen und multinationalen Konzernen, von Faschisten und der inneren Reaktion immer weiter nach rechts gedrängt. Nach und nach werden Bedingungen für ein reaktionäres bzw. faschistisches Regime geschaffen.

In der Bundesrepublik tarnt sich die MHP, der vom türkischen Verfassungsgericht die Auflösung ihrer Auslandsorganisation auferlegt worden war, hinter den sogenannten „Idealisten-Vereinen" und „Kulturzentren", die in der „Idealisten-Föderation" zusammengefaßt sind.
Diese Tarnorganisation der MHP ließ bereits Ende Oktober den Faschisten-Führer Türkesch in mehreren Städten der Bundesrepublik auftreten.
Am 4.2.79 führte sie in Schwarzenborn bei Kassel ihre Jahresversammlung durch, auf der mehrere hohe Funktionäre der MHP auftraten.
Unmittelbar nach der Faschisten-Demonstration am 20.Mai in Köln, reiste Türkesch am 26.Mai erneut unbeanstandet in die Bundesrepublik ein.

Nach außen hin werden die Veranstaltungen türkischer Faschisten immer wieder als „Kulturveranstaltung" ausgegeben. Mehrfach werden sie von rechtsradikalen deutschen Gruppen unterstützt.
Die gehäuften Überfälle der „Grauen Wölfe", von denen trotz Erpressungen und Drohungen ein Teil in der Öffentlichkeit bekannt werden, sind nur ein Vorgeschmack einer Welle von Gewalt, die auf uns zukommt, wenn die Behörden der Bundesrepublik dem Treiben der türkischen Faschisten nicht unverzüglich ein Ende setzen.

Angesichts dieser Situation ist es nicht länger tragbar, wie sich die zuständigen Stellen immer wieder hinter dem Argument verstecken, nicht informiert zu sein, wenn es um die Duldung faschistischer Veranstaltungen geht. Es sollte den Behörden nicht schwerfallen, sich sachkundig zu machen, da die türkischen Faschisten auch hier offen zu Mord und Totschlag aufrufen, wie selbst das Bundesinnenministerium endlich zugeben mußte.



Andererseits weisen zunehmende Proteste der Gewerkschaften und der gesamten demokratischen Öffentlichkeit auf diese faschistische Gefahr hin.
So erschienen in der türkischen Presse mehrere Berichte, nach denen steckbrieflich gesuchte faschistische Terroristen sich in der Bundesrepublik aufhalten sollen.

WIR FORDERN DAHER VON DER BUNDESREGIERUNG, DEN LANDESREGIERUNGEN UND ALLEN ZUSTÄNDIGEN STELLEN:

– Alle Tarnorganisationen der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik, „Graue Wölfe" und die „Idealisten-Föderation" müssen sofort verboten werden!

– Einreise und Aufenthalt von Faschistenführern wie Türkesch muß verboten werden!

– Die Terroranschläge und Gewalttaten der türkischen Faschisten dürfen von den Strafverfolgungsorganen der Bundesrepublik nicht länger bagatellisiert werden, sie sind strengstens zu verfolgen!

– Ihren Rückhalt finden die türkischen Faschisten in der Bundesrepublik bei rechtsradikalen deutschen Gruppen, die ihrerseits in jüngster Zeit verstärkt zu kriminellen Methoden gegriffen haben. Wir unterstützen daher entschieden die Forderung des DGB NRW nach einem Verbot der NPD!

Wir rufen die gesamte demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik zu erhöhter Wachsamkeit gegen die neofaschistische Gefahr auf.
Der Faschismus, der heute die Türkei mit Gewalt und Terror überzieht, ist der gleiche, der 1933 in Deutschland sein blutiges Regime errichtete und die Menschheit in den 2.Weltkrieg stürzte.
Deshalb: Seid wachsam! – Stoppt Türkeschs Mörderbanden in der Bundesrepublik und ihre Hintermänner JETZT!

Weitere Informationen über bekanntgewordene Gewalttaten der Grauen Wölfe erhältlich beim FIDEF–Bundesvorstand ■









D.Blumenberg, Kreisvorsitzender des DGB-Köln; A.Henseler, Kölner Juso-Vorsitzender; E.Karakas, HDF-Sekretär und H.Özcan, FIDEF-Vorsitzender sprachen auf der Kundgebung am 30.Mai 1979, die eine machtvolle Demonstration gegen den Auftritt der Grauen Wölfe in Köln abschloß. Sie verurteilten einhellig die faschistischen Umtriebe und forderten das Verbot der Grauen Wölfe.



FIDEF - IN EIGENER SACHE



I. Zur Situation der türkischen Arbeiter [1) in der Bundesrepublik

In der BRD hat die sog. Ausländerbeschäftigung mittlerweile eine Dauer von einem Viertel-Jahrhundert erreicht. Trotz der tiefgreifenden Krisen sind ca. 2 Millionen ausländischer Arbeiter hier geblieben. Sie haben sich zu einem festen Bestandteil der Arbeiterklasse dieses Landes entwickelt.

Am 30.9.1978 lebten in der Bundesrepublik 3, 981 Mio. Ausländer. Hiervon waren 1.165 Mio oder 29,3 % Türken. Die Zahl der beschäftigten Ausländer hat sich auf 1,85 Mio verringert.
1977 wurden in der Bundesrepublik 580.000 Kinder geboren. Davon hatten 80.000 oder ca. 14 % ausländische Eltern.
Die Zahl der unter 16-jährigen Ausländer betrug am 30. 9.1978 953.100, oder knapp 24 % der Gesamtzahl.
In dieser Größenordnung bewegen sich die Zahlen über ausländische Arbeiter. Was sind die spezifischen Probleme der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien, besonders der Kinder und Jugendlichen?
Gehen wir kurz darauf ein:

- Nach wie vor wird die rechtliche Stellung großer Teile der ausländischen Arbeiter, vor allem aber der türkischen Arbeiter, durch Benachteiligung und Rechtlosigkeit gekennzeichnet. Selbst die zum 1.10.1978 in Kraft getretene sog. Verfestigung des aufenthaltsrechtlichen Status ändert an dieser Tatsache nichts. Zum einen wird sie an Bedingungen gekoppelt, deren Beurteilung völlig in den Händen der Behörden liegt. Zum anderen handelt es sich nicht um Rechte, sondern um Erlaubnisse, was deshalb am Wesen der Sache nichts ändert. Weiterhin kann z.B. ein Ausländer, dessen Status „verfestigt" sein soll, nach einer Verletzung der Straßenverkehrsordnung ausgewiesen werden.
  Die Hauptforderung bleibt unverändert bestehen: Die ausländischen Arbeiter sollen ihre Aufenthaltsdauer selbst bestimmen. Solange diese Forderung nicht erfüllt wird, bleibt die rechtliche Stellung der ausländischen Arbeiter völlig instabil. Im Interesse des Großkapitals werden die ausländischen Arbeiter hin- und hergeschoben. Das wird z.B. auch im § 19 des AFG ganz offensichtlich. Danach wird die Erteilung der Arbeitserlaubnis von der „Lage und Entwicklung des Arbeitsmarktes" abhängig gemacht.
- Das Problem der Familienzusammenführung besteht ebenfalls im Prinzip weiter. Die eingeleitete „Lockerung" zielt eher auf die Überwindung der „Engpässe auf dem Arbeitsmarkt" und hat provisorischen Charakter.
- Katastrophale Zustände, Diskriminierung bei der Wohnungssuche und Gettos kennzeichnen weiterhin die Wohnsituation insbesondere der türkischen Arbeiter.
- Diskriminierend ist die Kindergeldregelung, wonach für die im Heimatland (Nicht-EG-Land) lebenden Kinder minimales Kindergeld (ca. 20 %) bezahlt wird.
- Die Lage der ausländischen Jugendlichen ist besonders unerträglich. Daran kann man Folgen und Ergebnisse der bisherigen „Ausländerpolitik" deutlich ablesen. Dies wird selbst von offiziellen Stellen zugegeben. So heißt es etwa in den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission vom Februar 1977: „In der Bundesrepublik wachsen zur Zeit rund eine Million ausländischer Kinder auf. Davon kommen jährlich ca. 45 ooo ins erwerbsfähige Alter. Fast zwei Drittel von ihnen haben keinen Hauptschulabschluß. Für die ist damit die berufliche Qualifikation sehr eingeschränkt. Diese Tatsache kann für die Zukunft große soziale Konflikte heraufbeschwören. Die Verbesserung der beruflichen und schulischen Chancen der zweiten Ausländergeneration muß daher in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt der Integrierungspolitik sein."

Aufgrund der völlig unzureichenden schulischen Bedingungen wandert die Hauptmasse der ausländischen Kinder nach der Grundschule in die Hauptschule. Der Anteil derjenigen, die weiterführende Schulen besuchen, ist also verschwindend gering. Man kann höchstens von 10 Prozent sprechen. Das ist das eine Merkmal zum Verständnis der Gesamtsituation der ausländischen Kinder und Jugendlichen. Das zweite ist: Der überwiegende Teil der ausländischen Hauptschüler (die Bund-Länder-Kommission spricht von zwei Drittel) verläßt die Hauptschule ohne Abschluß und mit lückenhaften Kenntnissen in Deutsch und in den Sachfächern. Diese beiden Merkmale zeigen sehr deutlich die Situation der ausländischen Kinder und Jugendlichen hierzulande. Doch das ist nicht das Ende, sondern erst der Anfang eines unsicheren Lebens.

In dem vom Bundes-Jugendausschuß an den 11. DGB-Kongreß gestellten und als Material zum Antrag 300 angenommenen Antrag heißt es:
„...Dieser Notstand setzt sich zwangsläufig in der Berufsausbildung der ausländischen Kinder fort. Der Anteil der berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen, der tatsächlich die Berufsschule besucht, schwankt in den verschiedenen Bundesländern zwischen 2o und 4o Prozent. Dazu kommt, daß über 80 % derjenigen ausländischen Jugendlichen, die tatsächlich die Berufsschule besuchen, in den sogen. Jungarbeiterklassen sind, d.h. sie stehen in keinem betrieblichen Ausbildungsverhältnis...".

Somit erwartet die überwältigende Mehrheit (ca. 90 %) der hier heranwachsenden ausländischen Jugendlichen ein Schicksal, bestenfalls Hilfsarbeiter zu werden. Selbst das ist für die Mehrheit nicht gegeben. Aus Gründen der Arbeitslosigkeit bzw. der Regulierungsmaßnahmen des Staates, wie die sog. „Stichtagsregelung" bzw. die jetzt eingeführten „Wartezeiten".

– Nach der Veröffentlichung der Bundesanstalt für Arbeit vom Februar 1979 werden für Kinder folgende Zahlen genannt:

  – 1977/78 betrug die Zahl der ausländischen Schüler 434.000.
  – Die Erfüllung der Schulpflicht wird mit 80 % beziffert.
  – Der Anteil der türkischen Schüler an der Gesamtzahl beträgt 37 %.
  – Nur ca. 13 Prozent besuchen die weiterführenden Schulen (bei den türkischen Schülern weit unter 10 Prozent.

Gegenüber ca. 65 % der deutschen Kinder besuchen nur 27 % der ausländischen Kinder Kindergärten (bei den türkischen Kindern ist der Anteil noch geringer).

Katastrophal ist auch die Situation im berufsbildenden Bereich: nur ca. 35 % der berufsschulpflichtigen ausländischen Jugendlichen besuchen eine Berufsschule und ein erfolgreicher Lehrabschluß ist bisher die seltene Ausnahme.

Die Gründe für die katastrophale Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder und -jugendlichen sind mehrschichtig. Eine große Rolle spielt die Weigerung der zuständigen Behörden, das Problem überhaupt ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen. Der Hintergrund dafür ist in folgendem zu sehen:
Als in den Jahren bis 1973 Arbeitsbehörden und Regierungsstellen der Bundesrepublik im Interesse der Großkonzerne eine Politik des Arbeitskräfteimports betrieben, ging es ihnen darum, den Unternehmern möglichst billige Arbeitskräfte zuzuführen, die auch innerhalb der Bundesrepublik keine Sozialkosten nach sich ziehen sollten.

Damit wird deutlich: „Die Politik der Kultusministerien ist nicht an den Rechten der Jugend orientiert, sondern einzig und allein daran, die junge Generation zwar zu für die Konzerne verwertbarer Arbeitskraft heranzubilden, dabei aber soviel an Kosten wie möglich einzusparen..." (Bericht zur Bildungssituation türkischer Kinder in der BRD – FIDEF yayinlari – 5).

II. FIDEF – demokratische Dachorganisation der türkischen Arbeitervereine

1. Gründung und Zielsetzung

Schon seit Beginn der Ausländerbeschäftigung hatten sich die türkischen Arbeiter in Vereinen und Zentren zusammengeschlossen, um vor allem ihre Probleme im sozialen und kulturellen Bereich zu artikulieren. Neben einigen unter direktem Einfluß der Konsulate stehenden sogenannten Dachorganisationen waren mehrere demokratische Vereinigungen in verschiedenen Dachverbänden zusammengeschlossen.

Während der Verschärfung der Krise 1973 – 1976 intensivierten sich die Aktivitäten der demokratischen Vereine. Nach einer Phase des Erfahrungsaustausches und der Beratungen gründeten 66 örtlichen Vereinigungen im Februar 1977 die FIDEF.

Die FIDEF versteht sich nicht als eine politische Richtungsorganisation. FIDEF-Mitglied kann jeder Arbeiterverein bzw. jede vergleichbare Einrichtung werden, die sich zu den in der FIDEF-Satzung festgelegten Zielen bekennt und die in ihrer Vollversammlung den Aufnahmeantrag beschließt. In FIDEF-Vereinen kann sich jeder Arbeiter aus der Türkei, unabhängig von seiner religiösen oder politischen Weltanschauung, organisieren. Unter den Mitgliedern der FIDEF-Vereine können sich daher Sozialisten, Sozialdemokraten, Kommunisten und sogar Anhänger der großbürgerlichen Parteien befinden. Das hindert FIDEF in keiner Weise, Positionen zu beziehen, aktiv zu werden und im Sinne der gemeinsamen Interessen und Forderungen Partei zu ergreifen.
Als die demokratische Massenorganisation der Arbeiter aus der Türkei definiert FIDEF ihren Zweck in Paragraph 2 ihrer Satzung wie folgt:
„Die Föderation ist eine Massenorganisation der Arbeiter aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin. Sie vereinigt die Arbeitervereine, koordiniert ihre Tätigkeiten, festigt die Einheit und Solidarität unter ihnen. Die Föderation setzt sich ein für die Lösung der sozialen, kulturellen, gesundheitlichen Probleme und Wohnprobleme der Arbeiter aus der Türkei und Arbeiterfamilien, für die Lösung der beruflichen Fort- und Weiterbildung, für die Lösung der schulischen Probleme der türkischen Kinder und dergleichen und gegen ihre Diskriminierung und Benachteiligung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Sie verteidigt die Verwirklichung der Rechte, die in der Menschenrechtskonvention in verschiedenen internationalen Abkommen sowie in dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, auch für die ausländischen Arbeiter, verankert sind. Sie bemüht sich um die Erweiterung und Festigung der Bindungen zwischen den Einheimischen und ausländischen Arbeitern und solidarisiert sich mit den demokratischen Kräften in der Türkei.

Die Föderation erkennt den Deutschen Gewerkschaftsbund – DGB – und die in ihm vereinigten Gewerkschaften als ökonomische, soziale und berufliche Interessenvertretung aller Werktätigen, auch der ausländischen Arbeiter, an. In diesem Sinne unterstützt die Föderation die Organisierung der Arbeiter aus der Türkei in DGB-Gewerkschaften und wendet sich gegen jede gewerkschaftsfeindliche Strömung und Tätigkeit."

2. FIDEF-Aktivitäten

Um diesen Zielen gerecht zu werden, führt die FIDEF mit ihren örtlichen Vereinen zahlreiche Aktivitäten durch:

– Konkrete Hilfestellung bei allen relevanten sozialen und kulturellen Problemen; durch Sprechstunden, Übersetzungs- und Dolmetscherdienste, Beratung mit Unterstützung interessierter deutscher Kollegen; Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisierung anhand von Hinweisen auf konkrete Leistungen der Gewerkschaften;

– Informationsabende, Veranstaltungen, Konferenzen und Seminare zu Themen wie Arbeitslosigkeit, Ausländerrecht, berufliche Fort- und Weiterbildung, Bildung und Ausbildung der türkischen Kinder und Jugendlichen sowie allen anderen relevanten Problemen im sozialen, juristischen und gesundheitlichen Bereich und in der Wohnungsfrage.



- Organisierung von Sprachkursen, beruflichen Ausbildungs- und Alphabetisierungskursen; Gründung von Büchereien; Bildung und Förderung von Folklore-, Chor-, Theater- und Musikgruppen; Durchführung von Konzerten, Ausstellungen, Film- und Theateraufführungen; Repräsentation der Landeskultur; Gründung von Sportmannschaften, Ausweitung der sportlichen Betätigung.

- Vertretung der Interessen der türkischen Arbeiter im sozial-kulturellen Bereich sowie Entwicklung von Initiativen in der Öffentlichkeit, bei den zuständigen Behörden, Verbänden und Organisationen.

- Aufklärung der Öffentlichkeit, um sie über die wirtschaftlichen, sozialen, juristischen Probleme der türkischen Arbeiter sowie über die Entwicklung in der Türkei zu informieren.

Viele FIDEF-Vereine arbeiten bei der Bewältigung dieser Aufgaben eng zusammen mit den örtlichen Institutionen und Organisationen wie Gewerkschaften, Volkshochschulen, Kultur- und Sozialämtern u.a. In ihren Reihen befinden sich neben aktiven Gewerkschaftern und Vertrauensleuten auch Lehrer und Studenten, die meist Kinder der hier lebenden türkischen Arbeiter sind.

Der FIDEF-Bundesvorstand unterstützt, fördert und koordiniert die örtlichen Vereine bei ihren vielfältigen Aktivitäten und unternimmt entsprechende Initiativen auf der Bundesebene. Die Herausgabe von Informationsblättern, die Durchführung von Bildungsseminaren, Kongressen und zentralen Kulturveranstaltungen fallen in seinen Aufgabenbereich. Hierfür sind beim Bundesvorstand verschiedene Sekretariate gebildet worden, die mit der Durchführung dieser Aufgaben beauftragt sind.

3. Nur durch gemeinsamen Kampf

FIDEF geht davon aus, daß deutsche und ausländische Arbeiter gemeinsame Interessen und einen gemeinsamen Gegner haben. Die spezifischen Probleme der ausländischen Arbeiter bestehen nicht im Gegensatz zu den gemeinsamen Problemen. Arbeitslosigkeit, Aussperrung, Arbeitshetze betreffen alle Arbeiter. Deren Ursache bzw. Urheber sind weder deutsche noch ausländische Arbeiter. Die Ursachen sind vielmehr im profitorientierten kapitalistischen System zu suchen. Um diese Probleme erfolgreich zu bekämpfen, müssen alle Arbeiter, unabhängig von Nationalität, Weltanschauung und religiösem Glaben, solidarisch und einheitlich handeln.
Auch bei der Lösung ihrer spezifischen Probleme brauchen die ausländischen Arbeiter die Solidarität ihrer deutschen Kollegen.

Eben diese Erkenntnis setzt sich bei den ausländischen Arbeitern immer mehr durch. Ganz in diesem Sinne wird FIDEF aktiv. Hier seien folgende Beispiele stellvertretend genannt:

- Während des großen Stahlkocherstreiks umd die Jahreswende haben der FIDEF-Bundesvorstand sowie alle örtlichen Vereine alle ihnen zur Verfügung stehenden Möglichkeiten (Übersetzung von Flugblättern ins Türkische, Dolmetscherdienste, Folklore- und Tanzgruppen, Chöre, usw.) den IG-Metall-Streikleitungen in den bestreikten Betrieben zur Verfügung gestellt. So konnten, neben Herausgabe von aktuellen Informationsblättern, zahlreiche gemeinsame Kulturveranstaltungen durchgeführt werden. Dabei ging es darum alle Kollegen in ihrem solidarischen Kampf zu stärken.



Zugleich konnten die Versuche der neofaschistischen „grauen Wölfe", die türkischen Kollegen von der aktiven Solidarität abzuhalten, weitgehend zurückgedrängt werden. (In den „Streik-Nachrichten" der IG-Metall wurde der Beitrag der FIDEF mehrfach hervorgehoben: mehrere Streikleitungen bedankten sich für die in Anspruch genommenen Dienste beim FIDEF-Bundesvorstand.).

- An einem Gelsenkirchener Gymnasium wurden im August 1978 27 türkische Kinder in Sonderklassen zusammengefaßt, obwohl sie die Voraussetzungen erfüllten, die Regelklassen (mit ihren deutschen Mitschülern) zu besuchen. Der örtliche FIDEF-Verein mobilisierte mit den betroffenen Schülern und ihren Eltern und durch massive Unterstützung der GEW-Kollegen die Öffentlichkeit. Durch den gemeinsamen Kampf für die Chancengleichheit der türkischen Kinder und nach Beantragung einer einstweiligen Anordnung lenkten die Kultusbehörden ein: die türkischen Schüler wurden in die Regelklasse aufgenommen. Dieser konkrete Erfolg der Solidarität setzte Maßstäbe für den weiteren Kampf in diesem Bereich.

- Ende April 1979 versuchte der Verleger der britischen Zeitung „Times" den monatelangen Streik der englischen Druckarbeiter zu unterlaufen. Nachdem mehrere Versuche, eine bundesdeutsche Druckerei als Streikbrecher zu gewinnen, gescheitert waren, arrangierte er sich mit der Frankfurter TER-Druckerei, in der das Sprachrohr der türkischen Faschisten in der Bundesrepublik, „Tercüman" herausgegeben wird. Der FIDEF-Bundesvorstand und die örtlichen FIDEF-Vereine erklärten sich am gleichen Tage mit dem Aufruf der IG Druck und Papier solidarisch, diesen Versuch mit allen gesetzlichen Mitteln zu verhindern. Die türkischen Kollegen bezogen Wachposten vor der Druckerei rund um die Uhr. Gestärkt durch die überwältigende Solidarität der türkischen und deutschen Kollegen traten die türkischen Drucker in den Streik. Somit konnte die Herausgabe der Zeitung gestoppt werden, obwohl „Tercüman" am gleichen Tage unter einer Balken-Überschrift den Druck der „weltbekannten ‚Times'" auf Tercüman-Anlagen bekanntgegeben hatte.

4. FIDEF und die türkischen Arbeiter in der BRD

FIDEF versteht die türkischen Arbeiter sowohl als Teil der Arbeiterklasse der Bundesrepublik als auch der Türkei. Warum das?
Indem die türkischen Arbeiter hier arbeiten, leben und kämpfen, gehören sie logischerweise zur Arbeiterklasse der Bundesrepublik. Dabei nehmen sie nicht nur an den tarifpolitischen Auseinandersetzungen und betriebsbezogenen Kämpfen teil. Sie reihen sich ebenfalls ein in Kämpfe gegen den Neonazismus, Berufsverbote, Neokolonialismus und Imperialismus, für Frieden, Demokratie und sozialen Fortschritt.

Die türkischen Arbeiter sind aber nach wie vor mit ihrem Heimatland, der Türkei eng verbunden. Daher verfolgen sie die politische Entwicklung der Türkei mit großem Interesse. Sie ergreifen aktiv Partei. In der Türkei spitzt sich der Kampf zwischen den demokratischen und den reaktionär-faschistischen Kräften zu. Die faschistische Eskalation nimmt gefährliche Ausmaße an. Die Arbeiterklasse und andere demokratische Kräfte werden verfolgt und unterdrückt. Aber zugleich setzen sie unerbittlichen Widerstand gegen die drohende faschistische Gefahr und den Imperialismus. Dieser mutige Kampf bleibt nicht ohne Auswirkungen auch im Ausland. Auch die türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik bekunden immer wieder ihre Solidarität mit den demokratischen Kräften in der Türkei. Gerade das ist eine der wichtigen Aufgaben der FIDEF, in diesem Sinne Sprachrohr der türkischen Arbeiter in der Öffentlichkeit zu sein. Diese Aufgabe wird umso gewichtiger, da ja die türkischen Faschisten ihre Aktivitäten in der Bundesrepublik ausdehnen und ihren Einfluß erweitern.

5. Konsequent antifaschistisch

Man denke dabei an die Besuche des Faschisten-„Führer"s Türkes in der Bundesrepublik im vergangenen Jahr. Am 29. Oktober trat Türkes in Dortmund auf. Bis auf 3 Tage vorher wurde das von den Faschisten geheimgehalten. FIDEF alarmierte die demokratische Öffentlichkeit. Sie organisierte innerhalb von 2 Tagen eine Gegendemonstration, der sich etwa 5 000 türkische Arbeiter anschlossen. Eine großartige antifaschistische Willensäußerung. 3 Tage später konnte Türkes in Frankfurt, wo der DGB Hessen und die IG-Metall zu Gegendemonstrationen aufriefen, verjagt werden. In der Folgezeit entlarvten und bekämpften FIDEF und die örtlichen Vereine ständig die Zusammenrottung der türkischen Neofaschisten, wie in Kassel, Köln, West-Berlin, Bingen....

Die MHP, die „Partei der nationalistischen Bewegung", baut ihren Einfluß in der Bundesrepublik durch ihre Tarnorganisationen aus, die sich „Idealisten-Föderation", „Idealisten-Vereinigung", „Kulturvereine" nennen. Nicht nur das! MHP-Leute betreiben zahlreiche „Export"-Geschäfte und Firmen. Sie haben in der stark verbreiteten Tageszeitung „Tercüman" und der Wochenzeitung „Anadolu" — beide werden in der TER-Druckerei Frankfurt/M. gedruckt — ein wirksames Sprachrohr. Auch die „Idealisten-Föderation" gibt neuerdings eine aufwendige Zeitung heraus.

Die „grauen Wölfe" terrorisieren die türkischen Arbeiter überall, wo sie nur können, auch in den Betrieben. Betriebsräte eines Stahlkonzerns in Duisburg berichteten über die Einschüchterung der türkischen Arbeiter, die an der Demonstration des DGB gegen Arbeitslosigkeit teilnehmen wollten, durch „graue Wölfe" im Betrieb. Sie verfolgen seit einigen Jahren eine Taktik, die Gewerkschaften zu unterwandern, um so die gewerkschaftliche Aktivität lahmzulegen, die Kollegen vom gewerkschaftlichen Kampf abzuhalten und nicht zuletzt die Gewerkschaften vom antifaschistischen Kampf abzulenken. Hier besonders sind alle Kolleginnen und Kollegen, alle Gewerkschafter aufgerufen, wachsam zu sein. Auf die Zusammenarbeit der deutschen, italienischen und türkischen Neofaschisten in diesem Zusammenhang hat kürzlich der IG-Metall-Vorsitzende E. Loderer hingewiesen.

Zu betonen ist: Die türkischen Faschisten genießen bei den Behörden der Bundesrepublik weitgehend Duldung, um nicht zu sagen, Unterstützung. Auf alle Fälle werden sie aber von Kreisen der CDU/CSU aktiv unterstützt.



Bemerkenswert ist das Engagement der „Frankfurter Allgemeinen" für die MHP und für Türkes. Die Anwälte der FAZ verteidigten Türkes vor dem Frankfurter Gericht gegen die IG-Metall. Auch Kontakte des MHP-Vorsitzenden Türkes zu F.J. Strauss belegen diese Querverbindungen zwischen den türkischen Neofaschisten und den reaktionären Kreisen in der Bundesrepublik.

6. Nach dem 3. FIDEF-Kongreß

Am 24./25. März 1979 fand im Mannesmann-Gymnasium in Duisburg der 3. FIDEF-Kongreß statt, an dem über 250 Delegierte und fast 1500 Gäste teilnahmen. Der Kongreß wurde vom Vorsitzenden der Vertrauenskörperleitung der Mannesmann AG Hüttenwerke, K.H. Rommel, eröffnet. Unter den Ehrengästen befanden sich Orhan Apaydin, Präsident der Anwaltskammer von Istanbul, Mehmet Caraca, stellvertretender Vorsitzender der türkischen Metallgewerkschaft Maden-Is (DISK) und Ugur Mumcu, Kolumnist der linskliberalen Zeitung „Cumhuriyet". Grußworte an den Kongreß richteten G. Schröder, Bundesvorsitzender der Jungsozialisten, K. Stiffel vom Parteivorstand der DKP, Dr. H. Bock vom Bundesvorstand der Vereinigung demokratischer Juristen und K. Bleich vom Weltgewerkschaftsbund. Den Kongreß erreichten Grußbotschaften von zahlreichen demokratischen Persönlichkeiten und Organisationen aus der Türkei, darunter von CHP-Abgeordneten, sowie von verschiedenen Partei- und Gewerkschaftsgliederungen aus der Bundesrepublik.

An dem Podiumsgespräch zum Thema „Faschismus in der Türkei — Türkische Faschisten in der Bundesrepublik" nahmen weiterhin auch Klaus Thüsing, SPD-MdB, Prof. Dr. E. Küchenhoff von der AG sozialdemokratischer Juristen, der Journalist Jürgen Roth und W. Brönner vom AIB teil. Auf der Kulturveranstaltung traten Künstler und Gruppen aus der Bundesrepublik, Griechenland, Vietnam und der Türkei auf.

In einer Reihe von wichtigen Beschlüssen zu konkreten Problemen wurden zugleich die Schwerpunkte der weiteren FIDEF-Aktivitäten festgelegt:

- Verstärkte Forderung nach der Gleichstellung der ausländischen Arbeiter in allen sozialen und politischen Bereichen durch Zuerkennung des kommunalen Wahlrechts;
- Intensivierung des antifaschistischen Kampfes für das Verbot aller faschistischen Organisationen;
- Durchführung von Veranstaltungen zu Bildungs- Gesundheits- und Wohnungsfragen;
- Hervorhebung unserer Forderungen angesichts der Bildungskatastrophe der ausländischen Kinder und Jugendlichen im Zeichen des UNO-Jahres des Kindes.

Fortsetzung auf Seite 21



Am 23./24.März fand der 3.Kongreß der FIDEF in Duisburg statt (siehe auch: „FIDEF in eigener Sache", in diesem Heft). An dem internationalen Forum nahmen teil (v.l.n.r.) S.Coskun, Bank-Sen; V.Emre, Ford-Betriebsrat; M.Karaca, 2.Vorsitzende der Maden-Is; O.Apaydin, Präsident der Anwaltskammer Istanbul; U.Mumcu, Kolumnist der Cumhuriyet; M.Danesch, Iran-Komitee; H.Özcan, FIDEF-Vorsitzender; O.Okkan, FIDEF-Sekretär; Y.Karahasan, Gewerkschaftssekretär; J.Roth, Journalist; Ö.Saglam, Gewerkschaftssekretär; Prof.Dr.E.Küchenhoff, ASJ; K.Thüsing, SPD-MdB und W.Brönner vom Antiimperialistischen Informationsbulletin.

Redebeiträge der Teilnehmer auf dem Internationelen FIDEF-Forum „Faschistische Gefahr in der Türkei – Türkische Faschisten in der Bundesrepublik"

ANTIFASCHISTISCHES FORUM DER FIDEF

ORHAN APAYDIN – Präsident der Anwaltskammer Istanbul:

„Ich möchte erst kurz zum Begriff Faschismus einiges sagen . . . Faschismus ist ein Problem unseres Jahrhunderts. Er ist entstanden in der Epoche (Jahrhundert) des Hinüberwachsens des Kapitalismus in ein monopolistisches, imperialistisches Stadium. Was ist Faschismus? Vom Klassenwinkel aus betrachtet ist Faschismus eine auf Gewalt gestützte, offene Diktatur der Monopolbourgeoisie.

Die Wurzeln des Faschismus in der Türkei reichen bis in die 30er Jahre. Die Übernahme der Paragraphen 141 – 142 des Strafgesetzbuches aus dem faschistischen Italien geschah in diesen Jahren . . ." Herr Apayden gab zusammenfassend einen Überblick über die historische Entwicklung und sagte: „. . . die faschistische Eskalation verwandelte sich dann mit der Gründung der MHP durch Türkes, der schon in den 40er Jahren ein Vertrauter des Nazi-Deutschlands war, zum organisierten faschistischen Terror. Die MHP, die als Koalitionspartner der 1.'Nationalistischen Frontregierung' Möglichkeiten ausnutzte, hat wichtige Positionen im Staatsapparat besetzt . . .

Zweifellos werden die faschistischen Kräfte in der Türkei durch das internationale Finanzkapital unterstützt. Während das IWF – die imperialistische Monopole – Regierungs-Pläne schmiedet, die bedingungslos ihre Wünsche erfüllt, wie z.B. Lohnstopp, läßt sie die Möglichkeit eines faschistischen Putsches nicht beiseite . . .

Es hat mich sehr gefreut, an dem 3. Kongreß der FIDEF teilzunehmen, der mit großer Begeisterung und internationaler Solidarität begangen wird; denn wir haben gesehen, daß die türkischen Arbeiter in der BRD die Notwendigkeit erkannt haben, im Kampf um die Durchsetzung ihrer berechtigten Forderungen, im Kampf für die Zurückdrängung des Faschismus, für Frieden und Demokratie, die Einheit und Solidarität der Arbeiterklasse herzustellen. Eben deswegen stellt der 3. Kongreß der FIDEF eine historische Wende dar . . ."

MEHMET KARACA – Stellvertreter des Vorsitzenden der Maden-IS (Metallarbeitergewerkschaft der Türkei)

„. . . Wie wir alle wissen, ist unsere Epoche die Epoche des Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus. Auf der einen Seite verzeichnet das sozialistische Weltsystem Tag für Tag neue Erfolge, auf der anderen Seite nehmen die Ausbeutungsmöglichkeiten von Kapitalismus und Imperialismus gewaltig ab. Dagegen verstärken die Monopolisten, die reaktionär-faschistischen Kräfte, in ihren Ländern die antidemokratischen Unterdrückungen. Auch in unserem Lande verstärken die herrschenden Kräfte die Unterdrückung – heute herrscht in 13 Provinzen Ausnahmezustand!

Die reaktionär-faschistischen Kräfte versuchen zugleich unsere Arbeiterklasse – die entschieden antifaschistische Kraft – von innen zu spalten. Eine andere Methode wird mittels des Ausnahmezustandes angewandt. Die regionalen Büros unserer Gewerkschaft werden von der Polizei überfallen, durchsucht. Die Namen und Adressen unserer Vertrauensleute in den Betrieben werden seitens der Organe des Ausnahmezustandes festgestellt; es wird so ein psychologischer Druck ausgeübt.

Der Kampf der Arbeiterklasse und aller anderen demokratischen Kräfte gegen die faschistische Eskalation ist nicht zu trennen vom Kampf gegen die faschistischen Paragraphen 141 – 142, die der politischen Organisation der Arbeiterklasse die Legalität verwehren. . . Die Situation, in der sich unser Land befindet, erfordert die Einheitsfront aller Demokraten, aller antifaschistischen, antiimperialistischen Kräfte. In dieser Front sollen Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten stehen. Es gibt keine Kraft, die gegen diese Einheitsfront bestehen könnte."

KLAUS THÜSING – MdB, SPD

„Die Erfahrungen, die wir mit den türkischen Faschisten in der Bundesrepublik machen, sind nicht anders als die mit den Neo-Nazis. . . Man kann die faschistischen Organisationen nur wirksam bekämpfen, wenn man die Öffentlichkeit gewinnt. . .

Die Behörden der Bundesrepublik tragen hier eine große Verantwortung. Wie man weiß, hatte der mit Hilfe der Monopole an die Macht gelangte Hitler-Faschismus den 2.Weltkrieg eröffnet, der Millionen Opfer gefordert hat. Die Behörden der Bundesrepublik können ihrer Verantwortung nur dann gerecht werden, wenn sie entschieden die neo-faschistischen Organisationen, ob türkische oder deutsche, bekämpfen. . .

Die Kraft, die den Faschismus besiegen kann, ist der organisierte antifaschistische Kampf des Volkes. Darum sind wir zur Zusammenarbeit mit Euch, den türkischen Demokraten, bereit, um die faschistischen Zentren zu bekämpfen. Darum sind wir, ohne Rücksicht darauf, daß auch Kummunisten da wären, zur Zusammenarbeit mit FIDEF bereit. . .

Was ich noch ansprechen möchte, ist die Wirtschaftshilfe an die Türkei. Die Finanzhilfe an Pinochet-Chile zeigt, was die Monopole der Bundesrepublik über Faschismus denken. Darum wollen wir, daß die Wirtschaftshilfe an die Türkei nicht im Sinne der 'den faschistischen Kräften die Rücken stärkenden Monopole', sondern zum Nutzen der Arbeiterklasse, des Volkes, verwendet wird. . .

Wir sind davon überzeugt, daß die faschistische Gefahr nur durch den Sozialismus beseitigt wird. Wir unterstützen voll Euren Kampf gegen faschistische Gefahr."

JÜRGEN ROTH – Journalist

„Die MHP unterhält mit dem Sprecher der reaktionärsten Kreise der Monopolbourgeoisie, nämlich mit der CSU, feste Verbindungen.

Man kann verfolgen, daß die MHP eine ähnliche Organisation wie in Nazi-Deutschland aufbaut. Die in der BRD gegründete Idealisten-Föderation wird unmittelbar vom Zentrum der MHP geleitet. Die Teilnahme der Abgeordneten der MHP an Versammlungen der sogenannten 'Idealisten' zeigt, daß die 'Ideenvereine' direkt von der Führungsspitze der MHP geführt und dirigiert werden.

Die Rechtsanwälte der 'Frankfurter Allgemeine' waren die Anklagevertreter von Türkes. . .

Durch den aktiven Kampf der FIDEF und anderer demokratischer Organisationen, wie die IG Metall, sahen sich auch einige SPD-Abgeordnete durch den Druck der Öffentlichkeit veranlaßt, Maßnahmen gegen die türkischen Faschisten zu treffen. Die Abgeordneten der SPD setzten sich fürs Verbot der faschistischen Zentren ein. Als Ergebnis konnte man erreichen, daß das Innenministerium jetzt veranlaßt hat, einen Bericht über die Situation zu fertigen. . . Das ist für alle Antifaschisten und Demokraten ein großer Erfolg. Der Kampf gegen die faschistische Eskalation muß entschieden fortgesetzt werden."

SITKI COSKUN – Leiter des Büros für Außenbeziehungen der Gewerkschaft für Banken, Bank-Sen

Kollege Coskun umriß die historische Entwicklung der faschistischen Bewegung in der Türkei, nannte deren Triebkräfte und sagte weiter: „. . . Die Bourgeoisie wiegelte einerseits die Reaktion auf, auf der anderen Seite zeigte sie der bewußtwerdenden Arbeiterklasse und dem werktätigen Volk mittels des Faschismus den Knüppel.

Die faschistische Eskalation setzt sich heute in allen Bereichen fort. Aber die faschistische Gefahr ist nicht unbesiegbar. Hierzu sollte nur die Aktionseinheit und Einheitsfront aller antifaschistischen, antiimperialistischen Kräfte, einschließlich der Sozialdemokraten, hergestellt werden. . . Der einzige Weg, den Faschismus zu überwältigen, ist der Weg der Einheitsfront der nationaldemokratischen Kräfte."

UGUR MUMCU – Journalist, Jurist

„Ich möchte zuerst das Schema der faschistischen Zentren in der Türkei verdeutlichen. Heute existieren in der Türkei Vereine, die als Nebenorganisationen der MHP fungieren. Der Verein, der sich 'Idealisten-Gemeinschaft' nannte und terroristische Aktivitäten durchführte, löste sich auf und versteckte sich unter dem Namen 'Verband Idealistischer Jugend', nachdem die von der CHP geführte Regierung Ermittlungsverfahren eröffnet hatte.

Wie organisieren sich die Faschisten? Sie gründen eine Vertriebsgesellschaft für Bücher und Zeitschriften namens ANDA. Vorstandsvorsitzender dieser Gesellschaft ist Nevzat Köseoglu, Abgeordneter der MHP von Erzurum. Die Aufsicht führt Sadi Somuncuaglu, Abgeordneter der MHP von Nigde. Diese Gesellschaft vertreibt die Bücher des Amtes für Religionsangelegenheiten überall im Lande. Diese Bücher erreichen die Dorfsimmans (Priester), die Dorfscafés. Danach schickt diese Vertriebsgesellschaft Hitler's 'Mein Kampf' sowie die Bücher von Türkes und A. Oktay Güner ebenfalls bis in die Dörfer . . . So wird mittelbar, unmittelbar geholfen, daß sich die MHP unter den Dorfimmans organisiert.

Außerdem sitzen in den wichtigen Schlüsselpositionen des Nachrichtendienstes MIT immer noch unbändige Faschisten.

In der Türkei ist die Tageszeitung 'Tercüman' der Verfechter der Ideologie des Faschismus. Der Herausgeber, Kemal Ihcak, ist Besitzer einer Reihe von Firmen, die er nur schwer geheimhalten kann. Die eine Gesellschaft heißt MIS-TAS; sie ist Vertreterin der Firma LMP, die eine Tochtergesellschaft der berüchtigten ITT ist. . .

Es gibt die Akdeniz-Nachrichten-Agentur, eine Nebenorganisation von Tercüman. Anadolu Bank ist Teilhaber dieser Agentur. . . So begleicht die Anadolu Bank ständig die Verluste dieser Agentur. Dieselbe Bank gibt der Gesellschaft TARIM-SAN – Inhaber ebenfalls Kemal Ihcak, Kredite, was also heißt: der Tercüman-Journalist gibt den Gesellschaften von 'Tercüman' Kredite. Die Verluste all dieser Gesellschaften werden vom Staat beglichen. . .

Die Quellen des faschistischen Terrors sind bekannt. . . Ecevit fragte kürzlich, bezugnehmend auf den Bericht über die MHP, warum wohl die AP (die Partei Demirels) die MHP nicht verboten habe. Und nun fragen wir die von der CHP geführte Regierung: warum verbieten Sie die MHP nicht?

Ich möchte die Aufmerksamkeit meines werten Kollegen Jürgen Roth auf einen Punkt lenken: Rudi Nazar, der in der Türkei jahrelang als CIA-Beauftragter gearbeitet hat, befindet sich zur Zeit in der Bundesrepublik. Er hat in Ankara 11 Jahre lang als Mieter des Hauses des damaligen Chefs des Generalstabes gewohnt. Später wurde er engster Freund von Türkes. . .

Seinerzeit habe ich an der juristischen Fakultät jemanden kennengelernt, namens Enver Attayh. Später wurde er zu einem festen MHP-Mann. Nun ist er Inspektor der MHP für die Bundesrepublik. Wie wir gehört haben, fungieren manche Geschäfte in der Bundesrepublik, z.B. Reisebüros, als MHP-Organisationen. – (Wir haben unterstrichen – die Red.).

Will man den faschistischen Terror stoppen, so müssen die Stellen in MIT von Grund auf neu besetzt werden. Der MIT-Agent, der seinerzeit im Geburtshaus Ataturks Bomben legte, ist jetzt stellvertretender Präsident des Allgemeinen Sicherheitsamtes. . . In die chaotischen, maoistischen Gruppen sind Agent-Provokateure eingeschleust. . .

Die Kraft, die den Faschismus besiegen wird, das ist die antifaschistische Einheitsfront des Volkes. Unsere bevorstehende Aufgabe ist es, die Diskussionen unter uns an die zweite Stelle zu rücken und unsere Einheit und Solidarität zu festigen. In diesem Sinne spielt die FIDEF, die Einheitsorganisation unserer in der BRD lebenden Arbeiter, eine wichtige Rolle."



oben: „Der Faschismus kann die Widerstandsfront der Mutter nicht besiegen"
unten: „Kein Durchkommen dem Faschismus"



Prof. Dr. E. KÜCHENHOFF – AG sozialdemokratischer Juristen

„Im Bericht des Verfassungsschutzes 1977 wird erklärt, daß die türkischen Faschisten keine Tendenz zur Gewaltanwendung zeigten. . . Aber meine Informationen bestätigen dies nicht. . . Kürzlich habe ich auf einer Pressekonferenz der FIDEF türkische Arbeiter kennengelernt, die von 'grauen Wölfen' angegriffen worden waren. Wir wissen, daß die Faschisten in Duisburg streikende Arbeiter bedroht haben. Unsere Aufgabe besteht darin, die Behörden über die Aktivitäten der 'grauen Wölfe' der MHP und über die Angriffe auf türkische Arbeiter noch besser zu informieren. . .

Es ist notwendig, entschieden alle faschistischen Organisationen zu bekämpfen, damit auf deutschem Boden kein Faschismus mehr emporsteht."

WOLFRAM BRÖNNER – AIB, Antiimperialistisches Informations Bulletin

„Mit Recht haben die Vorredner J. Roth und K. Thüssing auf zwei Probleme hingewiesen: Droht der Türkei der Faschismus – und wie akut ist er in Wirklichkeit? Das Sprachrohr der bundesdeutschen Bourgeoisie, Focke, antwortete auf eine Anfrage im Jahre 1977: Die Gefahr sei sehr gering, da die TÜRKES-Partei nicht faschistisch sei und die 'grauen Wölfe' keine faschistische Organisation, sondern eine türkische Erscheinung seien – wie Atatürk sie pflegte. Außerdem befänden sich in der MHP keine 'Kommandos' – das sei alles eine marxistische Erfindung. Nun gibt es eigentlich nur die Möglichkeit, daß Focke selbst ein 'grauer Wolf' ist und deshalb so argumentieren muß. Oder aber er hat einen anderen Grund dieses internationale Faktum zu verschweigen; und das ist die unmittelbare Verantwortung des Imperialismus der Großbourgeoisie in der Bundesrepublik, in den USA und den anderen westlichen Ländern, für die türkische Entwicklung, für die Stärkung des Faschismus dort. . .

Es ist vor allem die Gefahr, die von der NATO ausgeht. Die Einwirkungsmöglichkeiten der Westmächte auf wirtschaftlichem Gebiet hat konkrete Gestalt angenommen: Im Januar 1978 mit dem Programm der IWF wurde als Gegenleistung von der türkischen Regierung gefordert: mehr Freizügigkeit für das Auslandskapital und Abwertung der eigenen Währung, zum zweiten Lohnstopp sowie Herabsenkung der Massenkaufkraft und zum dritten die Demontage des staatlichen Sektors und die Zurückschraubung der Beziehungen mit der Sowjetunion auch auf wirtschaftlichem Gebiet.

Mit diesem Programm will man die wirtschaftliche Eigenständigkeit und nationale Unabhängigkeit der Türkei einengen und darüber hinaus mit solch erpresserischen Forderungen an die Regierung die Entwicklung in der Türkei nach rechts drängen. Denn wenn man die Arbeiterklasse auffordert, sich zurückzuhalten, dann muß man zu politischen Zwangsmaßnahmen greifen – und das will man auch.

Die türkische Groß-Bourgeoisie hat die Forderungen der IWF vollkommen aufgenommen und sie an die Ecevit-Regierung gestellt, bester Beweis der engen Zusammenarbeit der türkischen Groß-Bourgeoisie mit den multinationalen Konzernen, in dem Bestreben, der Türkei eine faschistische Diktatur aufzudrängen. ■

WIE LANGE NOCH GRAUE WÖLFE ?

Von Klaus Thüsing MdB
Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft.

Bisher von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und von den Behörden verharmlost, findet unter den in der Bundesrepublik lebenden über eine Million Türken ein heftiger Machtkampf statt. Wie in der Türkei geht es dabei um die Frage: Behalten die demokratischen Kräfte die Macht oder herrschen bald die Faschisten.

Die Türkei steht am Rande des Abgrundes. Die rechtsgerichtete und von faschistischen und religiös – fanatischen Kräften unterstützte Regierung Süleyman Demirel und seiner Gerechtigkeitspartei hinterließ dem Sozialdemokraten Bülent Ecevit einen wirtschaftlichen und politischen Scherbenhaufen:
Die Arbeitslosigkeit beträgt über 20%, das sind nahezu fünf Millionen Arbeitslose; die Wirtschaftspolitik hatte jegliche Entwicklung und auch sinnvolle ausländische Investitionen unmöglich gemacht und schraubte auch infolge des Zypernabenteuers die Inflationsrate auf über 70%; der Auslandsschuld von rund 18 Mrd.DM stehen nur noch etwa 400 Mio.DM Devisen gegenüber.

Der von den Rechtskräften und Faschisten verursachte wirtschaftliche Niedergang und die dadurch bedingten Schwierigkeiten der Regierung Ecevit werden heute von den gleichen Kräften gebraucht, um die demokratische Entwicklung in der Türkei zu ersticken und das Land für einen faschistischen Putsch reifzumachen.
Politische Gegner werden ermordet:
Nahezu 1500 Opfer gab es im letzten Jahr, in diesem Jahr sind schon 150 Opfer zu beklagen. Durch die internationale Presse ging das Massaker in Karamanmarasch, bei dem über 200 Menschen hingemordet wurden, als sie an der Beerdigung für zwei von fanatisierten Schülern ermordeten Lehrern teilnahmen, die für die Enteignung des Großgrundbesitzes eingetreten waren.

Auch unter den in der Bundesrepublik lebenden Türken versuchen die türkischen Faschisten mit Hetzpropaganda, Drohungen, Erpressungen und Mordanschlägen alle Demokraten einzuschüchtern und eine Mehrheit für ihre Ziele zu gewinnen. Allein schon durch ihre Größe ist die türkische Bevölkerung in der Bundesrepublik ein wichtiger Faktor in der Machtauseinandersetzung.

Der bisherige Höhepunkt der Propagandakampagne der Faschisten war der Besuch von Türkesch, dem Führer der faschistischen „Partei der nationalistischen Bewegung" (MHP), deren jugendliche Killerkommandos sich „Graue Wölfe" nennen, in der Bundesrepublik im Oktober 1978. Ungehindert von deutschen Behörden konnte Türkesch seine nationalistischen und antikommunistischen Hetzparolen verbreiten. Wobei man wissen muß, daß für Türkesch alles kommunistisch infiziert ist, was sich links von ihm politisch betätigt.

Im Februar dieses Jahres konstituierte sich nach dem Verbot der Auslandsorganisation der MHP in Schwarzenborn bei Kassel, die „Europäische Föderation demokratisch-türkischer Idealistenvereine", eine Tarnorganisation der MHP.
Als Redner traten u.a. die MHP-Führer Agag Oktay Güner und Enver Altayli auf. An den Wänden hingen Parolen, wie „Alle Türken sind eine Armee!", „Auch wenn unser Blut fließt, der Sieg gehört uns", „Wir kämpfen bis zum letzten Tropfen unseres Blutes". Für Spenden wurde mit dem Satz getrommelt: „Jede Mark ist eine Kugel, die in die Köpfe der Kommunisten gehört".

Ihre Infrastruktur verstärkt die MHP in der letzten Zeit durch die überall zu beobachtenden Gründungen von sogenannten „Kultur- oder Idealistenvereinen". Gesteuert vom „Islamischen Kulturzentrum e.V.Köln", das seine faschistischen Absichten über die Zeitung „Anadolu" verbreitet und Türkesch breiten Raum gibt, versuchen diese Vereine religiöse Türken für ihre faschistische Propaganda zu gewinnen, bilden aber auch arbeitslose türkische Jugendliche, die ein besonderes Potential für die türkischen Faschisten sind, beispielsweise in Karate aus. Verbindungen zu deutschen rechtsextremen und neonazistischen Gruppen sind nachweisbar.

Die Gewaltanwendung gegen demokratische Türken hat längst eine andere Dimension angenommen, als die, daß die „Grauen Wölfe" türkische Landsleute verprügeln, die am Bahnhofkiosk eineliberale türkische Zeitung kaufen.
am Bahnhofkiosk eine liberale türkische Zeitung kaufen.
am Bahnhofkiosk eine liberale türkische Zeitung kaufen.
So wurde in Dillingen ein bei der Arbeiterwohlfahrt beschäftigter türkischer Sozialarbeiter mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt; in Hikdesheim wurde die Wohnung einer türkischen Familie beschossen; in Waiblingen wurde ein Türke von den „Grauen Wölfen" erstochen. Die Liste ließe sich fortsetzen.

Öczan Saglam, Gewerkschaftssekretär in Hannover, sieht in diesen Vorkommnissen, „daß diese faschistischen Vereinigungen der MHP in der ganzen Bundesrepublik zum Angriff geblasen haben."

Die deutsche Öffentlichkeit aber schweigt bisher weitgehend; die verantwortlichen Behörden leugnen meist strikt den politischen Hintergrund gewalttätiger Auseinandersetzungen unter Türken ab, die als „Familienfehden" abgetan werden.
Nur der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat bisher klar Stellung bezogen und versucht, die Öffentlichkeit über den wahren Charakter der gewalttätigen Auseinandersetzungen aufzuklären.

Während einerseits jeder politische Flüchtling,der als „links" eingestuft wird, oft wochen-, ja monatelang durch ein Verfahren geschleust wird, durch das festgestellt werden soll, ob er ein Sicherheitsrisiko für die Bundesrepublik bietet, können türkische Faschisten noch weitgehend ungehindert agitieren. Es darf keine weitere Verharmlosung des türkischen Faschismus geben; gefordert werden muß unter anderem:
- ein Verbot der Agitation der MHP und ihrer Deckorganisationen;
- Verbot aller Presseerzeugnisse der MHP und ihr nahestehender Organe;
- Schließung der Kultur- und Idealistenvereine;
- Überprüfung der in sogenannten Korankursen benutzten Bücher und Lehrmaterialien und aller anderen Unterrichtsmaterialien in türkischer Sprache.

Die demokratischen Organisationen der Türken in der Bundesrepublik verdienen mehr als bisher die Unterstützung der demokratischen Parteien und Organisationen. Nachdrücklich ist zu fordern, daß die türkischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik – ohne daß sie ihre kulturelle Identität verlieren – besser integriert werden. Die beispielsweise vom Frankfurter Oberbürgermeister angestrebte Ghettoisierung arbeitet den türkischen Faschisten in die Hände. ■

Im UNO-Jahr des Kindes: RECHTE DES KINDES IN DER BUNDESREPUBLIK

Einige Tage vor dem Bundestags-Hearing, am 20.4.79, führte FIDEF gemeinsam mit dem Türkischen Frauenverband NRW und dem Türkischen Lehrerverband NRW eine Pressekonferenz durch.
Nachstehend dokumentieren wir die auf dieser Pressekonferenz veröffentlichte Erklärung.

Aus der UNO-Charta der Rechte des Kindes vom 20.11.59: Grundsatz 1: „Jedes Kind hat das Recht, ohne Rücksicht auf Rasse, Nationalität, Hautfarbe, Religion, Geschlecht und Weltanschauung sowie soziale Herkunft, die in der UNO-Charta der Rechte des Kindes erwähnten Rechte und Freiheiten in Anspruch zu nehmen."

Die Forderungen des DGB und der GEW, die die Chancengleichheit auch für Kinder ausländischer Arbeiter zum Ziel haben, sind bis heute nicht verwirklicht. Auch die Forderungen ausländischer Eltern und Lehrer nach der Realisierung einer demokratischen, auf Chancengleichheit basierenden Erziehung, wie sie zunächst auf dem FIDEF-Bildungskongreß erhoben wurden und mit den gewerkschaftlichen Forderungen übereinstimmen, sind, zahlreichen Lippenbekenntnissen zur sozialen Integration zum Trotz, nicht in der Praxis erfüllt worden.

In der Tat ist die Sozialisation der ausländischen Kinder nicht erreichbar, so lange
- die Ausländerbeschäftigung in der Bundesrepublik als ein vorübergehendes Phänomen betrachtet wird und die entsprechende Konzeption sich nur an kurzfristigen wirtschaftlichen Interessen orientiert;
- die Familienzusammenführung weiterhin Erschwernissen und Einschränkungen unterworfen ist, die im krassen Gegensatz zum Art. 6 des Grundgesetzes stehen;
- Erteilung von unbefristeten Aufenthaltserlaubnissen an den Nachweis einer Wohnung angemessener Größe und des Spracherwerbs geknüpft werden, solange die Möglichkeiten eines menschenwürdigen Wohnens und des Spracherwerbs nicht wirklich geschaffen worden sind.

Die durch die benachteiligte Lage der ausländischen Familie eingeschränkte Sozialisationsfunktion und die Ghettosituation, in die sie die Gesellschaft drängt, haben zur Folge, daß bei den ausländischen Kinder der Verlust von Selbstbewußtsein, Identitätskrisen und abweichendes Verhalten öfter eintreten.

Deshalb müssen die Forderungen als Grundvoraussetzung für die angestrebte Sozialisation der ausländischen Kinder betrachtet werden:
- Gleichstellung der ausländischen Arbeiter in allen sozialen, juristischen und politischen Bereichen;
- Anerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts zumindest auf kommunaler Ebene für Ausländer, die sich entsprechende Zeit in der Bundesrepublik aufgehalten haben.

Grundsatz 2 der UNO-Charta der Rechte des Kindes: „Jedes Kind muß die Möglichkeit erhalten, sunter freien und menschenwürdigen Bedingungen physisch, psychisch und gesellschaftlich zu entwickeln."
Aus dem Grundsatz 7: „Jedes Kind muß eine Grundausbildung erhalten. Allgemeine Schulpflicht muß durchgesetzt werden."

Die Zahlen, die aus den offiziellen Verlautbarungen und Gewerkschaftsveröffentlichungen zusammengestellt sind, zeigen deutlich, daß die Bundesrepublik weiterhin keine Anstrengungen unternimmt, um den Bestimmungen der von ihr mitunterzeichneten UNO-Charta gerecht zu werden:

Demnach leben in der Bundesrepublik z.Zt. über 4 Mio. Ausländer, davon eine Mio.Kinder. Etwa 360 000 von ihnen sind türkische Kinder im schulpflichtigen Alter. Jährlich kommen 100 000 durch Geburten hinzu.
Nur 30% der ausländischen Kinder besuchen einen Kindergarten; 75% der ausländischen Kinder erreichen nicht einmal den Hauptschulabschluß. Nach den letzten Zahlen (1976) erhielten von 900 000 ausländischen Jugendlichen nur 30 000 einen Ausbildungsvertrag und erhielten somit hteoretisch die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. 30–40% der als arbeitslos gemeldeten Jugendlichen sind Ausländer, wobei die Dunkelziffer viel höher sein dürfte.

Grundsatz 10 der UNO-Charta: „Das Kind wird vor Handlungen bewahrt, die rassische, religiöse oder irgendeine andere Diskriminierung fördern. Es wird erzogen im Geist des Verständnisses, der Toleranz, der Völkerfreundschaft, des Friedens und weltweiter Brüderlichkeit."

In der Bundesrepublik werden nach wie vor die berüchtigten Koran-Kurse geduldet, ja sogar gefördert, die in der Türkei verboten sind. In diesen Kursen werden die türkischen Kinder teilweise mit Zwang einer erbarmungslosen Indoktrination im Sinne der reaktionären Ideologien unterworfen.
Ein Beispiel aus dem „Katechismus", der in diesen Kursen zur Grundausbildung gehört:

„Frage 49: Welche Strafe verdient jemand, der nach Priester Safii und Malik betet?
Antwort: Wenn er nicht Reue zeigt und betet, sollte er getötet werden.
Frage 50: Welche Strafe verdient jemand, der nicht nach dem Gründer unserer Konfession, dem Oberpriester Ebu Hanefi betet?
Antwort: Er ist zu verprügeln, bis Blut aus seinem Körper fließt. Wenn er auch dann nicht betet, sollte er eingesperrt werden, bis er betet."

Skandalös ist nicht nur die Tatsache, daß dieses Gedankengut in diesen Kursen ohne Widerstand der Behörden den zehntausenden türkischen Kindern eingeprügelt wird; geradezu grotesk ist es auch, daß der Hauptorganisator dieser Korankurse und Herausgeber dieses Katechismus, das immer mehr unter die Kontrolle der neofaschistischen MHP geratende Kurse bundesweit durchführt, das „Islamische Kulturzentrum" als einzige türkische Organisation und als Vertreterin des „Islam" zu einem Hearing vor den zuständigen Bundestagsausschuß am 23.4.79 geladen worden war, das zu dem Thema „Bildungssituation ausländischer Kinder" durchgeführt wurde. ■

DER BUNDESTAG UND AUSLÄNDISCHE KINDER

Hearing in Bonn zur Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder und Jugendlichen

Am 23. April dieses Jahres fand in Bonn ein Hearing zur Bildungssituation der ausländischen Arbeiterkinder und Jugendlichen statt. Eingeladen hatte der Bundestagsausschuß für Jugend und Familie. Das Hearing bildete den Auftakt für die Beratungen über einen Antrag der CDU/CSU.

Im Rahmen des Hearings wurde deutlich, daß sich auch bei den offiziellen Stellen der Bundesrepublik der Gedanke durchzusetzen beginnt, daß ein großer Teil der ausländischen Jugendlichen hier im Lande bleiben wird. Diese Einsicht kommt nicht von ungefähr und ist auch keineswegs selbstlos. Sie hängt vielmehr damit zusammen, daß bei der deutschen Bevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen eine demographische Lücke klafft. Ohne die ausländischen Jugendlichen sehen daher die Perspektiven für die Rentenkassen düster aus. Auch der Facharbeiterbedarf wird in Zukunft immer weniger zu decken sein, wenn man die Bildung und Ausbildung der ausländischen Jugendlichen weiter so vernachlässigt wie bisher. Auf diesem Hintergrund ist es zu sehen, wenn die ausländischen Arbeiterkinder in einer Art Integrationseuphorie u. a. als „die Deutschen von morgen" bezeichnet wurden.

Das Hearing zeigte deutlich, daß diese neue Entwicklung sowohl Chancen als auch Gefahren mit sich bringt. Chancen in dem Fall, als es uns durchzusetzen gelingt, daß den schönen Worten von der Integrationsbereitschaft auch Taten folgen zu lassen. Die wichtigsten Punkte in dieser Hinsicht, die auch im Hearing immer wieder angesprochen wurden, sind:

- Verbesserung des Aufenthaltsrechts.
- Arbeitsrechtliche Gleichstellung mit den deutschen Arbeitern — weg mit dem diskriminierenden § 19 des Arbeitsförderungsgesetzes!
- Kommunalwahlrecht für alle ausländischen Mitbürger als erster Schritt zur politischen Gleichberechtigung.
- Öffnung der Kindergärten, kostenlose Ganztagsplätze.
- Gleichberechtigte gemeinsame Beschulung im Sinne der Forderungen von DGB und GEW.

Diese Forderungen werden sicher nicht im Selbstlauf erfüllt werden, aber das Hearing zeigte, daß die Situation für ihre Durchsetzung günstiger geworden ist.

Gefahren enthält die neue Situation insofern, als viele Beteiligte auf der deutschen Seite heute geneigt sind, unter der Parole der „Integration" unsere Kinder als eine Art „etwas minderbemittelter oder zu kurz gekommener kleiner Deutscher" zu behandeln. Das heißt es besteht die Gefahr, daß die besonderen Schwierigkeiten und Fähigkeiten unserer Kinder ignoriert werden. Außerdem konzentriert sich die Integrationseuphorie wieder einmal nur auf die Kinder — die Eltern werden darüber vergessen. In dieser Frage müssen wir in Zukunft unter allen humanistisch und demokratisch gesinnten Kreisen der deutschen Bevölkerung verstärkt um Verständnis werben.



„Die Zukunft gehört uns!"
Am 23.April 1979, dem türkischen Kinderfest, demonstrierten Kinder türkischer Arbeiter in den verschiedenen Städten (oben in Recklinghausen, unten in Hildesheim) für ihre Rechte.



Rederecht für FIDEF

Der Bundestagsausschuß für Jugend und Familie war sehr stolz darauf, neben deutschen Sachverständigen und Vertretern der Verbände zum ersten Mal auch ausländische Jugendliche und den Spanischen Elternverband geladen zu haben. Dieser Fortschritt wurde jedoch dadurch in Frage gestellt, daß die übrigen demokratischen Ausländerorganisationen zunächst nicht berücksichtigt wurden. Dafür war von türkischer Seite z. B. das rechtsradikale „Islamische Kulturzentrum" Köln eingeladen, das für die Welle von Korankursen in der letzten Zeit mit verantwortlich ist.

Proteste von sozialdemokratischen Abgeordneten gegen diese Einladungspraxis brachten dann schließlich doch den Erfolg, daß die FIDEF und der Dachverband der Griechischen Gemeinden die Forderungen der ausländischen Arbeiter zur Ausbildung ihrer Kinder in die Debatte einbringen konnten. Es ist zu hoffen, daß dies nicht wieder unterschritten wird, sondern daß sich die Praxis, die demokratischen Massenorganisationen zu den einschlägigen Problemen zu hören, zur Selbstverständlichkeit wird. ■

MSBE - SACKGASSE FÜR AUSLÄNDISCHE JUGENDLICHE

Seit 1976 gibt es in der Bundesrepublik die sogenannten „Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung" für arbeitslose ausländische Jugendliche – Abkürzung „MSBE". Dabei handelt es sich im Kern um Deutschkurse, denen Anteile zur sozialen Orientierung und zur Berufsvorbereitung angegliedert sind. Die „MSBE" befindet sich zur Zeit noch im Modellstadium. Die Gelder kommen vom Bundesarbeitsministerium. Sie werden an private Träger gezahlt, wie etwa den „Internationalen Bund für Sozialarbeit", die „Caritas" und andere Betreuungsverbände und außerdem an die Volkshochschulen. Es gibt zur Zeit ca. 200 MSBE-Kurse mit ca. 3000 Teilnehmern. Pro Unterrichtsstunde erhält der Träger 60,– DM, von denen 15,– DM an den jeweiligen Lehrer gezahlt werden. Die Lehrkräfte der MSBE-Kurse sind zum Teil mit Zeitverträgen, großenteils aber nur mit Honorarverträgen beschäftigt. Sie sind daher sozial nicht abgesichert und können kurzfristig entlassen werden.

MSBE-Kurse werden eingerichtet für ausländische Jugendliche im berufsschulpflichtigen Alter, die keine Ausbildungs- oder Arbeitsstelle haben. Diese Jugendlichen müßten eigentlich die Berufsschulen besuchen, in einigen Bundesländern, wie z. B. Nordrhein-Westfalen, sogar als Vollzeitschule („Berufsvorbereitungsjahr"). Tatsächlich liegt der Berufsschulbesuch der ausländischen Jugendlichen im Bundesdurchschnitt bei nur ca. 35 %. Und der Besuch der außerhalb des Berufsschulwesens durchgeführten MSBE-Kurse wird offiziell als Grund für die Befreiung von der Berufsschulpflicht anerkannt.

MSBE – kein gleichwertiger Ersatz für die Berufsschule!

Natürlich sind die MSBE-Kurse kein gleichwertiger Ersatz für die Berufsschulen. Die Benachteiligung beginnt schon mit der mangelhaften Ausstattung mit Räumen und Lehrmaterialien. Auch sinnvolle Kursuspläne gibt es bisher nicht. Noch massiver wirkt sich die Tatsache aus, daß die Lehrkräfte weder für ihre Aufgabe ausgebildet noch sozial abgesichert sind. Da alle Lehrkräfte ständig in Gefahr sind, entlassen zu werden, kann sich **keine Kontinuität** herausbilden. Aus diesen Gründen, aber auch wegen der Unverantwortlichkeit der Träger für den Erfolg der Maßnahme, bieten die Kurse den Teilnehmern praktisch keine Perspektive.

Offiziell wird die Einrichtung der MSBE-Kurse damit begründet, die Berufsschulen hätten gegenüber dem Problem „Ausländische Jugendliche" versagt. Dies ergebe sich schon aus der niedrigen Schulbesuchsquote. Es müßten zur Ausbildung ausländischer Jugendlicher Wege gefunden werden, die innerhalb des staatlichen Berufsschulwesens nicht gangbar seien. Dies ist ein Argument, das an Zynismus kaum zu überbieten ist.

Natürlich ist es richtig, daß die Berufsschule – wie jede Schule – auf die besonderen Probleme ihrer Adressaten Rücksicht nehmen müßte. In diesem Punkt versagt nicht erst die Berufsschule, sondern bereits die allgemeinbildende Schule. So erklärt sich, daß in Nordrhein-Westfalen zwar 80% der grundschulpflichtigen Ausländerkinder die Grundschule besuchen, daß diese Zahl aber für die Hauptschule auf 50% zusammenschrumpft. In dem Maße, wie die Perspektivlosigkeit der hiesigen Schulen ausländischen Kindern und Eltern zum Bewußtsein kommt, nimmt der Schulbesuch ab. Schuld hieran sind weder die Schulen noch die ausländischen Kinder und Eltern, sondern einzig und allein die, die aus finanziellen Gründen weiterhin die Existenz der ausländischen Kinder und Jugendlichen ignorieren und die Lehrerausund -fortbildung so behandeln, als gäbe es in der Bundesrepublik nur Deutsche. Nicht die Berufsschulen haben versagt, sondern die für die Entwicklung dieser Schulen verantwortlichen Kultusministerien.

MSBE lenkt von den wahren Problemen ab

Die MSBE-Kurse sind ein großangelegtes Manöver, um von dieser Situation abzulenken. Indem man neben den staatlichen Berufsschulen halbprivate Kurse für Ausländer schafft, lenkt man von der Verantwortlichkeit der Kultusministerien für eine sinnvolle Beschulung der ausländischen Jugendlichen ab. Die Verantwortung für diese Altersgruppe wird scheinbar aufgeteilt – die Kultusministerien können den „Schwarzen Peter" den privaten Trägern zuschieben und diese wieder den Kultusministerien. Das ganze ist ein großangelegter Versuch zur Aushöhlung des staatlichen Berufsschulwesens. Die Leidtragenden sind die ausländischen Jugendlichen – sowohl diejenigen, die mit großen Versprechungen in die MSBE-Kurse gelockt werden, um sie mit leeren Händen wieder zu verlassen, als auch die große Masse derer, die weder MSBE-Kurse noch eine sinnvolle Berufsschulausbildung erhält.

Unsere Forderung:

– Kein Sonderberufsschulwesen für Ausländerkinder!

– Eine qualifizierte Berufsausbildung für ausländische Jugendliche in den Berufsschulen!

Angesichts dieser Situation muß es auch für jeden demokratisch gesinnten Deutschen klar sein: Ein aus Zeit- und Honorarverträgen zusammengeflicktes besonderes Berufsschulwesen für Ausländer darf es in der Bundesrepublik nicht geben! Wie im gesamten Bildungsbereich, so müssen auch im Berufsschulwesen die besonderen Bedürfnisse und Fähigkeiten der ausländischen Kinder und Jugendlichen innerhalb des staatlichen Schulwesens gebührend berücksichtigt werden. Die alleinige und unveräußerliche Verantwortung dafür tragen die Kultusbehörden der Bundesrepublik. Sie dürfen sich hinter keinem Vorwand und keiner privaten oder halbprivaten Organisation verstecken. Die Befreiung von der Berufsschulpflicht beim Besuch von MSBE-Kursen ist rechtswidrig. Entsprechende Erlasse müssen von den Kultusministerien zurückgenommen werden. Kein ausländischer Jugendlicher sollte den MSBE-Kursen auf den Leim gehen. Es kommt vielmehr darauf an, in die staatlichen Berufsschulen zu gehen und dort massiv sein Recht zu fordern. Die demokratisch gesinnten Kollegen in den Berufsschulen sollten diese Problematik, die durch die MSBE-Kurse kaschiert werden soll, erkennen, und sich rückhaltlos mit für das Recht der ausländischen Jugendlichen auf eine qualifizierte Berufsausbildung einsetzen. Es geht letztlich auch um ihre eigenen Interessen.

Wie man hört, sollen die Gelder für die MSBE-Kurse durch Mittel der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung erheblich aufgestockt werden. Hierdurch soll der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung auch ein wesentlicher inhaltlicher Einfluß zugeschanzt werden. Die Tendenz geht dahin, immer mehr Kurse an den „Internationalen Bund für Sozialarbeit" zu geben. Wenn diese Tendenz sich durchsetzt, sind die Weichen für ein privates Berufs-Sonderschul-Wesen für ausländische Jugendliche gestellt. Dies zu verhindern, ist eine der wichtigsten bildungspolitischen Aufgaben der nächsten Zeit. ■

15. WOCHE DER WISSENSCHAFT

15. Woche der Wissenschaft in Recklinghausen

Vom 7. bis 10. Mai 1979 fand in Recklinghausen im Rahmen der Ruhrfestspiele die 15. Woche der Wissenschaft statt.

Thema der WdW in diesem Jahr war die Lage der ausländischen Kinder und Jugendlichen in der BRD. Träger und Veranstalter sind der DGB, die GEW und die Ruhruniversität Bochum.

In Recklinghausen sprachen sich alle beteiligten Kollegen – Lehrer und Wissenschaftler – eindeutig für die Integration der ausländischen Schüler in die deutschen Regelklassen aus. Deutlich wurde aber auch gesagt, was mit Integration *nicht* gemeint ist.

Es geht *nicht* darum, die ausländischen Kinder und Jugendlichen nur in die deutschen Klassen hineinzustecken und sie dann – und ihre Lehrer – dort mit ihren Problemen und Schwierigkeiten allein zu lassen.

Gefordert wurden:

– Vorbereitungsklassen, die ihren Namen wirklich verdienen – die kein Abstellgleis für die ausländischen Schüler sind, sondern wirklich auf den Besuch der Regelklassen vorbereiten. Diese Vorbereitungsklassen dürfen maximal zwei Jahre dauern; ein längerer Verbleib der ausländischen Schüler in segregierten Klassen (wie etwa bei den sogenannten „Langform-Klassen" in NRW) wurde abgelehnt.

– Die Teilnahme der ausländischen Schüler am gesamten Unterricht der Regelklassen ohne Abstriche bei irgendwelchen Fächern (wie z. B. dem Englischen).

– Qualifizierte, begleitende Fördermaßnahmen für ausländische Schüler in Regelklassen, die diese Schüler nach und nach an das volle Verständnis aller erteilten Fächer heranführt. Dabei gingen die Kollegen davon aus, daß selbst unter günstigen Bedingungen die Vorbereitungsklassen das Ziel der Vorbereitung niemals vollständig erfüllen können und für eine gewisse Übergangszeit begleitende Fördermaßnahmen zum Unterricht in der Regelklasse in jedem Fall notwendig sind.

– Die Durchsetzung des Rechts *aller* ausländischen Schüler, die die Regelklassen besuchen, auf einen *zusätzlichen* Unterricht in ihrer Muttersprache und auf Informationen über das Heimatland.

Der „Muttersprach"-Unterricht muß:

– verpflichtend sein,

– zeugnis- und versetzungsrelevant benotet werden,

– durch Bereitstellung von Lehrplanstellen abgesichert werden,

– unter erheblich verbesserten materiellen und organisatorischen Bedingungen durchgeführt werden und

– durch Schaffung adäquater Lehr- und Unterrichtsmaterialien und Fortbildung der Lehrer auf ein inhaltlich hohes Niveau gehoben werden.

Einhellige Forderung aller Kollegen: Eine umfassende, qualifizierte Aus- und Fortbildung der betroffenen Kollegen

Überdeutlich wurde in den Diskussionen: Auch mit größtem Engagement und bestem Willen läßt sich die Situation in den Schulen nicht einschneidend verbessern, wenn nicht endlich für Lehrer (deutsche und ausländische) und Lehrerstudenten die Möglichkeit geschaffen wird, sich für den Unterricht mit ausländischen Schülern umfassend zu qualifizieren.

Es ist ein Unding, wenn in NRW – dem Bundesland, wo ca. 1/3 der schulpflichtigen ausländischen Kinder und Jugendlichen, die in der Bundesrepublik leben, zur Schule gehen – kein einziger spezifisch für diesen Bereich qualifizierter Lehrer zur Verfügung steht.

Klar wurde auch: dieser Qualifikationsbedarf kann nicht von den Kollegen, die ohnehin schon durch einen Unterricht, für den sie nicht ausgebildet sind, besonders belastet sind, nebenbei in ihrer Freizeit abgedeckt werden. Die Kollegen brauchen umfangreiche Stundenbefreiungen für die Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen; an den Hochschulen müssen grundständige Studiengänge besonders für Lehrerstudenten eingerichtet werden; diese Studiengänge müssen bereits praktizierenden Lehrern für ein Aufbaustudium geöffnet werden (bei Fortzahlung der Bezüge).

Ausbildungsschwerpunkte müssen dabei sein:

Für die deutschen Kollegen:

– Das Erlernen einer Muttersprache der ausländischen Schüler (z. B. des Türkischen).

– Genaue Kenntnis des Sprachkontrastes zwischen dieser Sprache und dem Deutschen.

– Überblick über die Hauptunterschiede zwischen den Sprachen der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien und dem Deutschen.

– Gründliche Kenntnisse über die Vermittlung des Deutschen als Zweitsprache.

– Gründliche Kenntnisse über die Vermittlung des Deutschen als Unterrichts- und Fachsprache.

– Kenntnisse über den soziokulturellen Hintergrund der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien.

Für die ausländischen Kollegen:

– Deutsch – besonders Deutsch als Fach- und Unterrichtssprache.

– Kenntnis der deutschen Richtlinien, Lehrpläne, Lehrbücher etc.

– Kenntnisse über die Entwicklung und die Entwicklungsprobleme der Muttersprache in zweitsprachlicher Umgebung. ■

Ein Kultusministerium stellt sich taub–
DEMOKRATEN GEGEN A.R.ÖZGÜÇ

Zwei „offene Briefe" der FIDEF an das Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen blieben bis heute ohne Antwort.
In diesen Briefen (der erste vom Februar, der zweite vom März dieses Jahres) hatte die FIDEF grundsätzlich die Entscheidung des NRW-Kultusministers begrüßt, im Bereich „Ausländische und deutsche Lehrer mit ausländischen Schülern" endlich etwas für die Lehrerfort- und ausbildung zu tun. Sie protestierte gleichzeitig schärfstens gegen die Einstellung des ehemaligen Botschaftsrates A.R.Özgüc am „Landesinstitut für Lehrerfortbildung".
Den Protesten haben sich neben türkischen und deutschen Lehrern und Wissenschaftlern inzwischen mehrere Organisationen (Türkischer Lehrerverband NRW, Arbeitskreis türkischer Lehrer, zahlreiche GEW–Stadtverbände) angeschlossen.
Vor allem lehnen die türkischen und deutschen Lehrerkollegen jegliche Zusammenarbeit mit dem Rechtsextremisten Özgüc ab und fordern die Besetzung dieses wichtigen Postens mit einer demokratisch legitimierten Person.

Die breite Ablehnung dieses „Erziehungsrates" der „Nationalistischen-Front"–Regierung, stützt sich im wesentlichen auf folgende Punkte:

– A.R.Özgüc war in seiner Funktion als „Studentenaufseher" der rechtsgerichteten türkischen Regierungen verantwortlich für Maßnahmen gegen demokratisch gesinnte Studenten, die vom Entzug der Stipendien bis zur Aberkennung der türkischen Staatsbürgerschaft reichten.

– Özgüc duldete als „Erziehungsrat" der „Nationalistischen Front"–Regierung, an der die neofaschistische MHP maßgeblich beteiligt war, das Ausbreiten der Korankurse, die weitgehend unter der Kontrolle eben dieser MHP stehen.
– Özgüc empfahl in seiner Funktion als Erziehungsrat faschistisch beeinflußte Bücher. In seiner Zeit wurden an die türkischen Schüler in Frankfurt faschistische Jugendzeitschriften verteilt.

– Er startete eine „Fragebogenaktion", in der persönliche Daten, gewerkschaftliche und politische Aktivitäten sowie die Gültigkeitsdauer der Pässe der türkischen Lehrer erfragt wurden.
Offensichtliches Ziel der Aktion: Dienstverpflichtung der türkischen Lehrer als Beamte des türkischen Staates, um bei Ablauf des Passes sie in die Türkei zurückschicken zu können.

– Özgüc war untragbar für die Ecevit-Regierung. Sie sorgte dafür, daß Özgüc alle Funktionen bei der türkischen Botschaft aufgeben mußte.

Es liegt auf der Hand, daß dieser Rechtsextremist, der von dem Faschisten-Sprachrohr „Tercüman" massiv unterstützt wird, in keiner Weise für die Aufgabe geeignet ist, die ihm übertragen wurde.

Daher fordern die deutschen und türkischen Demokraten seine sofortige Entlassung und erwarten eine Klarstellung seitens des Kultusministeriums in NRW. ■



In AIB 6/Juni 1979 werden die aktuelle Situation in der Türkei, die Lage der Türken in der BRD und die Bonner Ausländerpolitik behandelt:

- **Faschistische Gefahr und Graue Wölfe**
- **Wie sozial ist die Ecevit-Politik?**
- **Kampf der türkischen Arbeiterbewegung und der Türken in der BRD**
- **Wie liberal ist die BRD-Ausländerpolitik?**

Preis je Heft 2,— DM zuzüglich Porto, bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.
***Sonderangebot:* Alle Hefte der fünfteiligen Serie „Von Atatürk zu Ecevit" (AIB 2—6/1979) bieten wir zusammen zum verbilligten Preis von 8,— DM zuzüglich Versandkosten an.**
Jahresabo 20,— DM inklusive Porto
Bestellungen an: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 2 46 72



FIDEF – IN EIGENER SACHE

Fortsetzung von Seite 11

Der 3. FIDEF-Kongreß wurde ein lebendiger Beweis des wachsenden Ansehens dieser größten demokratischen Organisation der Arbeiter aus der Türkei sowohl in der türkischen wie in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit. Über 40 Journalisten verfolgten den Kongreß und berichteten darüber.
Die begeisterte Anteilnahme aller Gäste und Delegierten, das breite Spektrum der vertretenen demokratischen Organisationen bekräftigte die Entschlossenheit der engagierten Demokraten aus der Türke, sich weiterhin unter dem Zeichen der internationalen Solidarität für und in FIDEF einzusetzen.

Die Spaltungs- und Diffamierungsversuche von interessierten Kreisen häufen sich mit dem wachsenden Einfluß der FIDEF. Nicht zuletzt aus diesem Grunde sind die engagierten Demokraten und Gewerkschafter aus der Türkei für die Solidarität ihrer deutschen und anderen ausländischen Kollegen ganz besonders dankbar.

(FIDEF-Publikationen und weitere Informationen erhältlich über den FIDEF-Bundesvorstand, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1).

---

[1] In diesem Beitrag sprechen wir oft von ausländischen Arbeitern, soweit es sich nicht um ganz spezifische Probleme der türkischen Arbeiter handelt. Dieser Sprachgebrauch ist weit verbreitet und nicht falsch. Denn zum einen stellen die türkischen Arbeiter den Hauptanteil der ausländischen Arbeiter und zum anderen sind sie gerade als Arbeiter aus einem Nicht-EG-Land mit allen typischen Problemen in diesem Bereich konfrontiert.

****



Liebe Kolleginnen und Kollegen !

Als größte Arbeitnehmerorganisation der ausländischen Kollegen in der BRD versucht FIDEF in allen Bereichen des sozialen Lebens die rechtliche und politische Gleichstellung der türkischen Kollegen und ihrer Familien zu erreichen. Immer mehr Vereine schließen sich der FIDEF an, ihr Einfluß in der demokratischen Öffentlichkeit wächst spürbar. Sowohl in der BRD wie auch in der Türkei wird sie als legitime Vertreterin der sozialen und kulturellen Belange der Arbeitnehmer aus der Türkei angesehen. Sie stellt dies auch durch konkrete Aktionen ständig unter Beweis.

Innerhalb von wenigen Wochen hat unsere (Dauerauftrags-)Kampagne ein ansehnliches Zwischenergebnis erreicht: Zur Jahreswende hatten bereits über 300 türkische und deutsche Kollegen mit einem Spendenbeitrag ihre Solidarität mit der FIDEF, mit der demokratischen Bewegung der türkischen Kollegen in der Bundesrepublik, bekundet. Seitdem ist wenigstens sichergestellt, daß die FIDEF, trotz der erdrückenden vom alten Vorstand übernommenen Schuldenlast von ca. 30 000 DM, ihre Miete und Telefonrechnung ohne Unterbrechung zahlen kann! Dies ist ein bescheidener Erfolg!

Aber die vielfältigen Aktivitäten in sozialen und kulturellen Bereichen; unser ständiger Einsatz gegen die faschistische Gefahr in der Türkei und die „Grauen Wölfe" in der BRD; unsere Verpflichtung zur aktiven gewerkschaftlichen Arbeit; die von unseren Mitgliedern tagtäglich praktizierte internationale Solidarität; und vielleicht am wichtigsten, die regelmäßige Herausgabe einer türkischen und deutschen Zeitschrift — das sind Aufgaben, die wir nur mit verstärkter Unterstützung unserer Kollegen lösen können.

Daher erneut die Bitte an alle demokratischen, fortschrittlichen Kräfte: Unterstützt die FIDEF durch einen Dauerauftrag! Euer monatlicher Spendenbeitrag wird uns eine große Hilfe sein in unserem Bemühen für eine demokratische Vertretung unserer Landsleute in sozialer und kultureller Hinsicht!

Düsseldorf, 1979 FIDEF-Bundesvorstand

FIDEF, Lichtstr. 31, 4000 Düsseldorf 1